

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierpaltige Zeile 60 Pf., Stellensuche 40 Pf., für Werbungsmitgl. 40 Pf., Verammlungsanzeigen 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 16.

Berlin, den 15. April 1911.

27. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Um Irrtümer im Leben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 16. bis 22. April das mit Ziffer 16 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

2. Für vollgeklebte Mitgliedsbücher können neue Bücher nur noch dann ausgemacht werden, wenn den alten Büchern die Marken für die fälligen Beitragswochen lose beigelegt werden. Die Marken werden dann von uns sofort ins neue Buch eingeklebt.

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 16 b des Statuts wurde in Darmstadt der Buchbinder Andreas Goldbach aus Darmstadt. (W. Nr. 86 337.)

Der Vorstand.

## Die Verkürzung der Arbeitszeit — eine gesundheitliche Forderung.

II.

Das düstere Zahlenbild, welches im vorigen Artikel aufgezeigt werden mußte, läßt den tatsächlichen Gesundheitszustand unserer Kollegen und Kolleginnen nicht erkennen. Es gehören dazu nicht nur die Feststellungen der Anteilnahme derselben an der Sterblichkeit im allgemeinen, der durch Lungentransparenzen hervorgerufenen im besonderen, es gehört dazu vor allem auch ein Ueberblick über die Krankheitsfälle, Art und Dauer derselben, Alter der Kranken usw. Einen solchen zu geben, ist unmöglich, weil das hierzu erforderliche Zahlenmaterial erst mühsam aus den internen Aufzeichnungen der Krankenkassen herausgesucht werden müßte. Doch das unglaublich niedrige Durchschnittsalter zeigt ja schon an, daß die Gesundheitsverhältnisse unserer Kollegen und Kolleginnen nicht vom besten sind. Dieses niedrige Durchschnittsalter wird wesentlich mit beeinflusst von der durch unsere Arbeitnehmer immer mehr bevorzugten jugendlichen Arbeitskraft. Wenn diese jungen Menschenkinder vor der Entwicklung stehen, dann werden sie in die giftigsten Fabrikräume gesteckt, was dann die Ursache bildet, daß jene in der Entwicklung zurückbleiben, den Krankheitskeim viel leichter zum Opfer fallen und ihre Widerstandskraft verlieren, noch bevor sie eine solche richtig ihr eigen nennen konnten. So kommt es, daß z. B. nach den Berichten der Berliner Ortskrankenkasse für das Buchbinder-gewerbe genau 20 Proz. der im Zeitraum von 25 Jahren (1885—1909) verstorbenen 1942 Berufsgenossen ein Alter von noch nicht 20 Jahren erreichten! 83,1 Proz. wurden nur bis 30 Jahre alt! Mehr denn die Hälfte aller Gestorbenen (53,1 Proz.) erreichte demnach noch nicht einmal das 30. Lebensjahr. Nachfolgende Tabelle zeigt das Alter der Verstorbenen von 10 zu 10 Jahren an. Die Zahlen der Zentralkrankenkasse in Leipzig entstammen einem Zeitraum von 29 Jahren (1881—1909), die der Berliner Ortskrankenkasse einem Zeitraum von 25 Jahren (1885—1909). Es starben im Alter bis zu

	Zentralkrankenkasse Leipzig	Ortskrankenkasse Berlin
20 Jahren	154 = 8,4 Proz.	388 = 20,0 Proz.
30 "	565 = 30,8 "	643 = 33,1 "
40 "	441 = 24,0 "	350 = 18,0 "
50 "	921 = 17,5 "	236 = 12,2 "
60 "	221 = 12,0 "	173 = 8,9 "
70 "	110 = 6,0 "	115 = 5,9 "
bis 70 "	23 = 1,3 "	87 = 1,9 "

1835 = 100,0 Proz. 1942 = 100,0 Proz.

Die meisten Sterblichkeitsfälle kommen auf das jugendliche Alter von 19—22 Jahren, wie folgende Uebersicht für den Zeitraum von 29 resp. 25 Jahren ausweist. Es starben im Alter von

	Zentralkrankenkasse Leipzig	Ortskrankenkasse Berlin
13 Jahren	—	1
14 "	—	5
15 "	2	32
16 "	6	53
17 "	17	62
18 "	23	62
19 "	42	88
20 "	64	85
bis 20 Jahre	154	388
bis 30 Jahre	565	643

Was aber sind denn nun die Ursachen dieser Zustände, die die pessimistischsten Erwartungen weit übertreffen? Zunächst liegen sie in der Natur unseres Berufes selbst. Die Erfordernisse, die für die Gesunderhaltung des menschlichen Körpers notwendig sind, werden bis zu einem großen Teil nicht beachtet. Da spielt vor allem der Staub in seiner mannigfaltigsten Gestalt eine einflussreiche Rolle. Ist auch der Papierstaub an sich weniger gefährlich, so ist doch sein Konto nicht gering zu belasten. Durch die ständige Bewegung beim Falzen, Steften, Zusammentragen, Beschneiden, Rappenschneiden usw. wird auch der Staub in ständiger Bewegung erhalten und er hat da die beste Gelegenheit, durch Mund und Nase in die Atmungsorgane zu gelangen, sich dort festzusetzen und für den Menschen ein gefährlicher Krankheitsherd zu werden. Das gleiche ist der Fall beim Schneiden mit Ruder, Bronze, Metall und Aluminium.

Eine weitere große Rolle spielt die mangelhafte Luftzufuhr in unseren Werkstätten. Wo nicht gutfunktionierende Ventilatoren angebracht sind, da ist es mit der Erneuerung der Luft gar übel bestellt. Denn vom Fensteröffnen ist selten die Rede. In der Regel ist immer jemand da, dessen augenblickliche Beschäftigung dies nicht zuläßt. Wer kennt nicht die üblen Gerüche, die wir in den Buchbindereien usw. vorfinden. Der Gasgestank, der bei der Beleuchtung oder beim Räumen des Leims entsteht, ist dabei noch der erträglichste. Zu ihm kommt dann noch der Geruch des hier und da angebrannten Leims, im Sommer des Meisters, der intensive Geruch des Wärmoriegrundes und der Farben, die mißmischgeschwängerten Dünste von Gipsweiß, Gelatine, Eßig und diversen Säuren, von überheizten Maschinen in den Pressereien und Prägerien, der giftige Geruch der Anilins- und anderen Farben in der Spritzereiabteilungen und vieles andere mehr. Und wo gar noch die Anstiche besteht, die Werkstube während der Arbeitszeit zu reinigen, wie dies aus Sparsamkeitsgründen noch vielfach geschieht, da ist dann vollends eine Atmosphäre geschaffen, die man oftmals „mit dem Messer schneiden kann“. Theoretiker auf dem Lehrstuhl predigen wohl: Fenster auf, Türen auf, damit die alte, verbrauchte, verpestete

Luft durch frische ersetzt wird. In der Praxis ist das nicht immer durchzuführen. Bald ist es die Rücksicht auf den Leim oder den Marmoriergrund, bald die auf Gold, Silber und Metall (in Pressereien und Prägerien), die ein Öffnen der Fenster verbieten. Von Rücksicht auf den Menschen ist da keine Rede. Erst kommt die Qualität der Arbeit und nur da, wo diese nicht gefährdet ist, da kann schließlich auch einmal das Arbeitszier, der Mensch, seinen Wünschen nachgehen und auf wenige Minuten frische Luft seinem Arbeitsplatz zuführen durch das Öffnen der Fenster usw. Leider haben wir eine gute, moderne Ventilation nur erst in den allerwenigsten Betrieben. Aber durch diese Uebelstände läßt es sich einigermaßen erklären, daß unser Beruf einer der ungesundesten mit ist. Auch der bereits erwähnte Dr. Elben führt ihn besonders mit auf, wenn er die Berufe benennt, die durch enge Räume und verdorbene Luft der Uebertragung von Krankheits-erregern besonders ausgesetzt sind.

Alles dies läßt es verständlich finden, daß der Gesundheitszustand unserer Kollegen und Kolleginnen ein guter nicht sein kann, nicht aber erklärt es, daß so viele unserer Berufsgenossen im jugendlichen Alter dem Tode verfallen. Das hat andere Ursachen. Eine der wesentlichsten mit ist, daß man in berufsständigen Kreisen vielfach der Ansicht zuneigt, die Buchbinderei und deren verwandte Geschäftszweige als „leichte“ Beschäftigungen anzusehen. Das verleitet dann viele Eltern, ihre in der Entwicklung zurückgebliebenen, schwachen, kränklichen Kinder in Buchbindereien unterzubringen, wo diese dann naturgemäß aus den bereits erwähnten Ursachen heraus sich bald mit den verschiedensten Krankheitskeimen infizieren und nicht lange danach dann mithelfen, die Krankheitsziffer ungünstig zu gestalten oder im schlimmsten Falle das Konto der im jugendlichen Alter Verstorbenen zu erhöhen.

Wenn wir aber die Gründe kennen, die unseren Beruf zu einem derartig ungesunden stempeln, dann ist es unsere Pflicht, auf Abhilfe zu drängen. Neben der durch gute Haltung ersolgenden Kräftigung des menschlichen Körpers — unsere Lohnforderungen begründen wir hiermit — ist es das Verweilen in frischer, reiner Luft, die eine solche bringt. Buchbinder wird dies jedoch durch die noch allgemein übliche zu lange Arbeitszeit. Diese hält den Menschen viel zu lange im Betriebe fest, läßt ihn übermüden und damit unlustig werden, die wenigen freien Minuten in zweckmäßiger Weise auszunutzen. So sind z. B. (nach Dr. Jabel-Berlin) lange Arbeitszeit und Alkoholkonsum recht innig miteinander verknüpft. Der über die natürliche Ermüdungsgrenze — die um so tiefer liegt, je ungesunder der Beruf ist — arbeitende Mensch sucht sich über die Anlustempfindung hinwegzutäuschen, indem er trinkt; er redet sich ein, daß er, um neue Kräfte zu gewinnen, um den Staub hinunterzuspülen, um der Uebermüdung trohnen zu können, trinken muß — und er erreicht damit das Gegenteil. Ueberall, wo es gelingt, die Arbeitszeit zu reduzieren, beobachtet man auch den Rückgang des Alkoholkonsums. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewinnt der Arbeiter Zeit und Lust zur Teilnahme an Bildungsbestrebungen und damit zur Erhöhung seiner Intelligenz und seiner beruflichen Leistungsfähigkeit. Sagte doch auch Dr. Petri, Mitglied des Reichsgesundheitsamtes — ein gewiß unerbäuerlicher Zeuge —, die lange Arbeitszeit vermindere die Leistungsfähigkeit des Arbeiters und vermehre die Unfälle. In der Tat geht

auch mit der Einführung der kürzeren Arbeitszeit die Zahl der Unfälle zurück. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Zahl der Unfälle am Ende der Woche ansteigt und alle Hygieniker sind darin einig, daß die Ermüdung am Ende der Woche schuld ist am Anwachsen der Unfallziffer, so daß sich auch hieraus die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit ergibt. Die entsehlige Häufung der Betriebsunfälle in den letzten Stunden der Arbeitswoche — (die Statistik des Reichsversicherungsamtes gibt an, daß im Durchschnitt auf drei Arbeitsstunden ein Unfall kommt, an den Sonnabendnachmittagen, von 3—6 Uhr, jedoch 2,76) — verlangt die Freigabe des Sonnabendnachmittags, zumal dies auch gesundheitlich von hohem Werte ist (Dr. Zafek). Auch wir streben danach, den Sonnabendnachmittag frei zu bekommen, weil ja dadurch erst der Sonntag zu einem wirklichen Ruhetag wird.

Man kann die Verkürzung der Arbeitszeit betrachten, wie man will, immer wird sie sich als Fortschritt erweisen. Auch die volkswirtschaftlichen Folgen derselben zeigen das. Den Wettbewerb mit anderen Ländern wird nur der Staat bestehen, der über tüchtige, gesunde Arbeiter verfügt. Es ist unwirtschaftlich, durch lange Arbeitszeit den Gesundheitsstand der Arbeiter zu verschlechtern. Dem Kranken muß Krankengeld, dem Unfallverletzten eine Unfallrente, dem Invaliden eine Invalidentente gezahlt werden. Je unwirtschaftlicher mit der Arbeitskraft umgegangen wird, um so höher steigen demnach die sozialen Lasten. Diese fortwährend steigenden sozialen Lasten sind also in gewissem Sinne ein Gradmesser der unwirtschaftlich langen Arbeitszeit. Darum richten wir unser Augenmerk vor allem mit auf die Einschränkung derselben. Nur dann, wenn der gefährlichste Krankheitsreger, die lange Arbeitszeit, in ausreichendem Maße eingeschränkt wird, dann erst können wir eine Besserung der Gesundheitsverhältnisse unserer Kollegen erhoffen. Darum zeigt sich unsere Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit als eine gesunde und absolut notwendige. Wer wollte sich dem verschließen?

### Der graphische Zentralverband und unsere Tarifbewegung.

Was man wohl kaum für möglich gehalten hat, das ist jetzt doch noch eingetroffen: Der Verband mit dem pompösen Namen, der graphische Zentralverband, hat allen Ernstes den Antrag gestellt, als stimmberechtigter Teilnehmer den Tarifverhandlungen beizutreten zu dürfen. Unterm 28. März schrieb er an unseren Verbandsvorstand:

Unterzeichnet erlaubt sich im Auftrage des Verbandsvorstandes obenbezeichnete Organisation mit folgenden an Sie zu wenden:

### Unser Osterglaube.

In Bergen Deutschlands, im alten sagenumwobenen Garz, liegen inmitten dunkler Wäldungen zwei uralte, stille und geheimnisvolle Seen: der Ostersee und der heilige Teich. Wer auf der Wanderschaft an ihnen vorüberzog oder träumend im weichen Moose der Ufer ruhte, war sinnend über die dunkle Wasserfläche blickte und dem Rauschen des Laubes der alten Buchen lauschte, dem raunten die Stimmen des Waldes manches uralte Geheimnis ins aufhorchende Ohr. Und er fühlte sich zurückversetzt in die graue Vorzeit. Er sah altgermanische Männer und Frauen nach den stillen Wassern wallen, eine Strohpuppe als Symbol des Winters in die düsteren Fluten versenken und der Frühlingsgöttin Ostara ihre Opfer darbringen. Das Schweigen des Waldes wurde unterbrochen von dem frohen Gesang und dem heiteren Spiel der glücklichen Menschen. Unsere Ahnherren feierten das Wiedererwachen der Natur aus langem, lebensstübendem Winterschlaf, sie feierten ihr Auferstehungsfest, sie feierten Ostern!

Das ist die Bedeutung, in der wir noch heute das Osterfest begehen. Und wenn auch den altheidnischen schönen Gebräuchen und dieser Naturbeziehung unserer Vorfahren bei der Ausbreitung des Christentums durch fanatische Mönche mit List und Gewalt ein anderer Sinn zu unterstellen versucht wurde, ganz und reiflos liegen sie sich nicht aus dem Herzen des Volkes reihen bis auf den heutigen Tag. Auch heute flammen noch Osterfeuer von den Bergen, auch heute noch zieht man hinaus ins Freie, badet in den ersten wärmenden Strahlen der Sonne sein Herz gesund von den Sorgen des Winters und erfüllt es mit neuer Lust und Hoffnungsfreudigkeit. Aber das ist die Hauptfache: auch heute noch ist uns das Osterfest das Symbol für den ewigen Wechsel der Dinge,

Es dürfte Ihnen bereits bekannt sein, daß der Graphische Zentralverband in den Städten Berlin, Leipzig, Stuttgart schon seit längerer Zeit durch Zahlstellen vertreten ist. Die Mitglieder derselben haben nun ein großes Interesse an einer allseits zufriedenstellenden Revision des Drei-Städtearbeitsmitzuvirkens. Ferner hat auch ein großer Teil unserer sonstigen Mitgliedschaften ein großes Interesse an diesem Tarif, da er, soweit Affordarbeit in Frage kommt, in der Provinz größtenteils als Grundnorm dient. Es ist uns schon verschiedenes Material ausgegangen über jene Positionen, die besonders aufbegehungsbedürftig sind, bezw. eine verschiedene Auslegung offen lassen.

Wir empfehlen Ihnen deshalb, die entscheidenden Verhandlungen gemeinsam mit unserem Verbande zu führen. Zum mindesten glauben wir annehmen zu dürfen, daß Sie damit einverstanden sind, daß ein Vertreter unseres Zentralvorstandes mit Stimmrecht an den Hauptverhandlungen teilnimmt. Einer gest. Rückäußerung entgegengehend, zeichnet

mit kollegialem Gruß

Wd. Hornbach.

In dem Antwortschreiben an den Vorstand des „Zentralverbandes“ wurde daraufhin erucht, zunächst die Mitgliederzahlen der christlichen Zahlstellen Berlin, Leipzig und Stuttgart anzugeben und zu bemerken, wieviele dieser Mitglieder Buchbinder sind, da ja nur solche für die Tarifbewegung in Betracht kommen. Weiter wurde eine Einwendung der vom graphischen „Zentralverband“ bisher abgeschlossenen Tarife verlangt, um festzustellen, inwieweit der Dreistädtearbeits dabei Anwendung gefunden hat. Als Antwort des Zentralverbandes ging am 5. April nachstehendes Schreiben ein, das so charakteristisch ist, daß wir es ebenfalls im Wortlaut wiedergeben:

Den Empfang Ihres gest. Schreibens vom 31. März bestätigend, teilen wir darauf bezugnehmend mit, daß unsere Mitgliederzahlen in den drei Vertragsstädten folgende sind:

Insgesamt in Berlin 81, in Leipzig 42, in Stuttgart 69 Mitglieder;  
der Buchbinderbranche zuzählend in Berlin 57, in Leipzig 31, in Stuttgart 61 Mitglieder.

Interessiert an den Affordpositionen des Drei-Städtearbeits sind unsere Mitglieder teilweise direkt in Regensburg (Rustet), in Freiburg (Herder), in M.-Glabbach (Volksverein), in Dülmen (Laumann), in Münster (Alfonsbruderei), in Paderborn (Bonifaciusbruderei, Schöningh Berl. Anstalt und Jungfermannsche Verlagsanstalt), in Köln (Z. P. Paderm), in Donaauwörth (Auer) und in Kempten (Köpfelsche Berl. Anstalt).

In vorgenannten Firmen und Orten ist nicht allgemein die Affordarbeit in den abgeschlossenen Tarifen vertraglich anerkannt, sondern größtenteils ist fast durchweg nur von Wochenlöhnen die Rede. Während der Vertragsjahre sind durch mündliche Verhandlungen die Affordarbeiten, soweit solche in Frage kommen, teilweise in gleicher Höhe, teilweise

etwas höher und auch unter dem Drei-Städtearbeits vereinbart worden.

Da im Jahre 1911 schon mehrere dieser Tarife ablaufen, soll bei den Neuabstufungen ein besonderes Augenmerk auf ganz bestimmte Regelung der Affordarbeit gerichtet werden.

Die von uns beanpruchte einfache Vertretung wird sicherlich die Zahl ihrer vorgeesehenen Vertreter nicht verringern.

Da wir in allen Orten und Firmen, wo wir ausschlaggebend vertreten sind, selbst die kleinste Vertretung Ihres Verbandes mitbestimmen lassen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß Sie in Ihrer weiteren Prüfung nicht nach dem Stärkeverhältnis, sondern nach dem uns zustehenden Rechte die Entscheidung treffen.

Mit kollegialem Gruß!

Ab. Hornbach.

Selbst wenn man die im vorstehenden Schreiben gemachten Angaben über die Mitgliederzahlen des „Zentralverbandes“ in den drei Tarifstädten als wahr annehmen will — uns wurde Mitteilung, daß sie das unmöglich sein könnten —, ist es doch wohl ein starkes Stück, zu verlangen, als stimmberechtigter Teilnehmer zu den Verhandlungen zugelassen zu werden, denn der 149 (einhundertneundvierzig) Mitglieder des „Zentralverbandes“, die als Buchbinder und Buchbinderarbeiten bezeichneter werden, stehen rund 8700 Personen gegenüber, die in unserem Verbandsorganisiert sind. Der „Zentralverband“ fühlt wohl auch selbst, daß seine Forderung auf recht schwachen Füßen steht, denn er verlangt eine Prüfung der Berechtigung seines Verlangens nicht nach dem Stärkeverhältnis — bei dem er ohne weiteres auszuscheiden hätte —, sondern nach dem ihm zu stehenden Rechte!! Worin aber dieses Recht bestehen soll, das behält er als Geheimnis für sich. Sonderbarerweise geht er auch auf die Forderung unseres Vorstandes, seine abgeschlossenen Tarife einzuführen, nicht ein, trotzdem ja diese zu dem Zweck verlangt wurden, in objektiver Weise die Berechtigung des Verlangens des „Zentralverbandes“ nachprüfen zu können. In einem neuerlichen Schreiben mußte darum nochmals angewandt werden. Wir geben auch dieses Schreiben im Wortlaut wieder:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 3. April weisen wir zunächst darauf hin, daß Ihren 149 Mitgliedern in der Buchbinderbranche in Berlin, Leipzig und Stuttgart 8700 der unfrigen gegenüberstehen, während wir insgesamt in den genannten drei Städten 12 445 Mitglieder zu verzeichnen haben. Da Sie nun sonst sich als Anhänger des Proportionalwahlrechts bekennen, so verstehen wir nicht recht, woraus Sie ein Recht auf Vertretung herleiten wollen. Der Hinweis auf Orte und Firmen, wo Sie ausschlaggebend seien, dürfte in so schreiendem Mißverhältnis, wie in den obengenannten drei Tarifstädten, nirgends vorkommen. War das aber einmal der Fall — wie 1908 in M.-Glabbach — so haben wir auf eine Vertretung überhaupt keinen Anspruch erhoben. Doch wollen wir die Frage der Vertretung vorläufig unentschieden lassen, weil wir erst die Ant-

für die fortwährende Wiedergeburt des Alten, Vorzeichen, Verfallenen in neuer, schönerer, besserer Form, für die tausendfache Neugestaltung und Auferstehung, die dem Untergange folgt.

Aber wir glauben nicht nur an ein Vergessen und Wiederauferstehen von Jahr zu Jahr, sondern von Weltperiode zu Weltperiode, und nicht nur in der Natur, sondern auch in der Gesellschaft, in der menschlichen Gemeinschaft, im Staate. Die ständige Weiter- und Höherentwicklung ist das Ewige, Unveränderliche in diesem Wechsel der Dinge. Und weil dieser Glaube, diese Ueberzeugung durch jedes neue Osterfest immer von neuem gestärkt und gefestigt wird, deshalb erfüllt uns die alljährliche Auferstehungsfeier mit immer neuer Hoffnung und Siegesüberdacht, daß sich unser Gegenwartsstaat trotz des hemmenden Wirkens der Finsterlinge unbedingt weiter entwickeln muß immer neuen, besseren Formen zu. Die gegenwärtige menschliche Gesellschaft, die auf der rückwärtslosesten Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, muß sich weiter entwickeln zu einem wahren brüderlichen Zusammenwachsen, zu einer edlen harmonischen Gemein-samkeit. Das Auferstehungsfest zeigt uns durch das Reimen und Wähen und Entwickeln draußen in der Natur, daß unser Glaube, unsere Ueberzeugung nicht auf toten Worten, sondern auf festen, unerschütterlichen Tatsachen beruht.

Und drängt der Winter noch so sehr  
Mit trüben Gebärden,  
Und freut er Eis und Schnee umher —  
Es muß doch Frühling werden!  
Und drängen Rebel noch so dicht  
Sich vor dem Blick der Sonne —  
Sie wecket doch mit ihrem Nicht  
Einmal die Welt zur Sonne!

Deshalb lachen wir auch aller Wühlereien und Gemurmel der Reaktion, die diesen unabänderlichen Fortschritt aufzuhalten versucht. Wir wissen, daß dieses Unterfangen kindisch, töricht und unsinnig ist. Das Mad der Zeit läßt sich nicht zurückziehen. Es rollt über die kleinen Fernwege, die es trotzdem versuchen, unerbittlich hinweg.

Auch gegenwärtig sucht man wieder dem Fortschritt Dämme entgegenzustellen. Die ganze Meute der Scharfmacher schreit nach der Knebelung der Pioniere des Fortschritts, nach Ausnahmegeboten gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Trotzdem die „Umsturzprozesse“ der letzten Zeit, die den Scharmachern und ihren dienstbeflissenen Handlangern in den bürgerlichen Fraktionen der Parlamente und in der Regierung Klaffen in dem Kampf gegen die Arbeiterbewegung liefern sollten, ganz im entgegengegesetzten Sinne wirkten und das Scharfmachertum, seine gelben Prätorianergarden und vor allen Dingen die Polizei und die Regierung auf schwerste kompromittierten, rüft man doch immer weiter zum Kampf. Was kommt es auch diesen brutalen Herrenmenschen darauf an, ob das Recht auf ihrer Seite ist oder ob sie ihre Maßnahmen auch nur mit einem Schein des Rechts zu begründen vermögen. Wo ihnen weder das Recht noch ein Schein des Rechts zur Seite steht, da wird eben mit nackter Gewalt das zu erreichen versucht, was auf legalem Wege nicht erreicht werden konnte.

Die Unterdrückungsmaßregeln gegen die freie Jugendbewegung liefern ein Beispiel unter vielen. Seit sich die Arbeiterjugend von den frömmelnden Junglings- und Jungfrauenvereinen und den hurrapatriotischen Jugendverbänden zu emanzipieren und auf sich selbst zu bestimmen begann, haben die herrschenden Klassen und ihre Dienerin, die Regie-

wort des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer auf unsere eingereichten Forderungen abwarten wollen, wobei sich ja erst zeigen wird, wann und ob Verhandlungen stattfinden.

In unserer Tariffgenossenschaft mit dem Verbande deutscher Buchbinderbesitzer besteht für beide Teile die Verpflichtung, für die allgemeine Durchführung des Tariffs Sorge zu tragen. Aus diesem Grunde ersuchen wir Sie auch in unserem letzten Briefe um Einsetzung der von Ihnen abgehandelten Tarife, und wiederholen diese Bitte hiermit; zumal auch davon die Frage der Vertretung Ihres Verbandes bei den eventuell stattfindenden Verhandlungen mit abhängig sein wird, sowohl bei den Arbeitnehmern, als auch bei den Arbeitgeberern. Wir dürfen daher wohl erwarten, daß Sie nunmehr unserem Wunsche nachkommen werden. Der Einsetzung der betreffenden Tarife sehen wir dabei baldigst entgegen und zeichnen...

Durch die Bekanntgabe des Schriftwechsels bezwecken wir zunächst eine Nachprüfung der seitens des graphischen „Zentralverbandes“ gemachten Angaben durch unsere in Frage kommenden Zahlstellen. Vor allem ersuchen wir dieselben, uns die vom „Zentralverband“ abgehandelten Tarife einzusenden, soweit sie solcher habhaft werden können. Eine Durchsicht derselben wird erst ergeben, ob man eine Anteilnahme an den Verhandlungen — natürlich ohne Stimmrecht — zugeben kann.

Ueber 700 Millionen neuer Laster.

Unter dieser Ueberschrift macht ein Artikel die Kunde durch die Zentrumspresse und die Presse der Kapitalisten. Man könnte glauben, die Zentrumsblätter hätten die Absicht, die Wähler über die Lasten zu unterrichten, die das Zentrum dem Volke in den letzten anderthalb Jahrzehnten zur Förderung des Militarismus und Marinismus und zur Bereicherung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten aufgebürdet hat. Die Zentrumspresse denkt aber gar nicht daran, sich über die Volksbelastung zugunsten solcher Zwecke zu erheben. Der Grund zur Enttäuschung liegt diesmal darin, daß die geforderten Summen für arme Mütter, Kranke, Verletzte, Alte, Invaliden und für Witwen und Waisen aufgebracht werden sollen. Es handelt sich also um Kreise, von denen das Zentrum zu nehmen pflegt, um die Einnahmen reicher Grundbesitzer zu erhöhen.

Die Frage, um die es sich handelt, liegt auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Die Sozialdemokraten fordern ihren weiteren Ausbau, und unsere Genossen im Reichstage machten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung den Versuch, das Gesetz so zu gestalten, daß es berechtigten Forderungen entspricht. In kurzen Zügen seien die Grundgedanken wiedergegeben, die die Grundlage für die Anträge unserer Genossen bilden. Dann mögen die Arbeiter entscheiden, ob sie die Annahme solcher Anträge wünschen, oder ob sie die Taktik des Zentrums billigen, dessen Vertreter unsere Anträge ablehnten. Für die Krankenversicherung kommen folgende Grundgedanken in Frage:

Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Bedürftige und zwar

- a) auf alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigte Personen und auf Kleingewerbetreibende und Landwirte; auf Angestellte und Selbständige aber nur soweit, als deren Jahreseinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
b) Versicherung des vollen der Versicherung zugrunde gelegten Einkommens.
c) Krankenunterstützung während der ganzen Dauer der Krankheit.
d) Familienunterstützung in ausreichender Höhe an die Familien der Kranken, die in Heilanstalten untergebracht sind.
e) Unterstützung der Schwangeren und Mütter.
f) Vereinheitlichung der Versicherungs-Organisation.
g) Volles Selbstverwaltungswort der Versicherten.

Die aus der Erfüllung dieser Forderungen erwachsende Mehrbelastung der Krankenversicherung soll zum Teil dadurch wieder ausgeglichen werden, daß die Unfallversicherung die Lasten der Unfälle vom Tage des Anfalls an zu tragen hat und so die Krankenkassen das Geld sparen, das sie gegenwärtig während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall für die durch Unfall Verletzten zu tragen haben.

Für die Ausdehnung der Versicherung kommen folgende Ziffern in Frage: Bei der Beitragszahlung von 1907 wurden 20 833 299 Arbeiter und Angestellte in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr und außerdem Dienstboten gezahlt. Hinzu kommen noch mehrere Millionen Kleinbauern und Kleingewerbetreibende, die wirtschaftlich auch nicht besser als die Arbeiter gestellt sind. Gegen Krankheit waren aber nur 12 324 094 Personen versichert. Man kann also behaupten, daß mehr als 10 Millionen Versicherungsbedürftige nicht versichert waren. Heute sind Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister usw. nur dann gegen Krankheit versichert, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht 2000 Mk. übersteigt. Diese Grenze wurde 1893 festgelegt. Niemand wird heute behaupten, daß die gleichen Personen, die damals in die Versicherung einbezogen wurden, ihr auch heute noch unterstellt sind. Für alle Stellen, für die es 1893 ein Jahresgehalt von 1800 bis 2000 Mk. gab, wird heute mehr als 2000 Mk. gezahlt werden, weil alle Substanzmittel im Preise gestiegen sind, das Geld also an Kaufkraft eingebüßt hat. Das wurde 1900 auch bei der Reform der Unfallversicherungsgeetze anerkannt und die Einkommensgrenze für die Unfallversicherung von 2000 auf 3000 Mk. erhöht. In der Krankenversicherung hat man auch jetzt bei der Reichsversicherungsordnung die Grenze bei 2000 Mk. gelassen.

Aber auch die Personen mit diesem Einkommen sind nicht voll versichert. Bei der Gemeindeversicherung gilt der ortsübliche Tagelohn, der in einer Anzahl von Orten auf 1 Mk. für den Arbeitstag festgesetzt ist. Bei den organisierten Kassen wird der Tagesverdienst nur soweit angerechnet, als er 4 Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt; nur wenn die Kasse Lohnklassen eingerichtet hat, werden bis zu 5 Mk. angerechnet. Was darüber hinausgeht, kommt

weder bei der Beitragszahlung, noch — und das ist das schlimmere — bei der Berechnung des Krankengeldes in Anrechnung. Was für Differenzen durch die nur teilweise Anrechnung des Arbeitslohnes entstehen, wird aus der Höhe des Krankengeldes ersichtlich. 1908 wurden für 103 894 299 Krankentage 133 542 255 Mk. Krankengeld gezahlt. Obwohl eine Anzahl Klassen mehr als die Hälfte des versicherten Tagelohnes als Krankengeld zahlt, ergibt sich doch nur ein Krankengeld von durchschnittlich 128,54 Pf. Da mindestens die Hälfte des versicherten Tagelohnes als Krankengeld gezahlt werden muß, ist danach der versicherte Tagesarbeitsverdienst höchstens 2,57 Mk. Nach den Rechnungsergebnissen der gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug aber der an Versicherte tatsächlich gezahlte Arbeitsverdienst im Jahre 1908: 3,58 Mk. für den Arbeitstag. Die rein mechanische Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Versicherungsbedürftigen und die Versicherung des vollen Arbeitslohnes würde also mehr als eine Verdoppelung der Beiträge bringen.

Man frage sich nun: Ist es wirklich besser, daß der arme Kleinbauer, der Heimarbeiter usw. die Beiträge spart und dann im Krankheitsfalle ohne Hilfe ist, oder ist es besser, daß er in gesunden Tagen 2—3 Pf. für jede Mark seines Verdienstes hergibt und dann in Krankheitslagen Arzt, Arznei und Krankengeld zu seiner Kräftigung hat? Was gleiche gilt für den hoch entlohnenden Arbeiter. Heute leistet er bei einem Arbeitsverdienste von vielleicht 7 Mk. für den Tag vielleicht täglich 12 Pf. Krankentagebeitrag und erhält im Krankheitsfalle 2 Mk. Krankengeld. Würde er einer Heilanstalt überwiesen, erhält seine Familie täglich 1 Mk. Würde er mit seinem ganzen Arbeitsverdienst versichert sein, müßte er allerdings statt 12 Pf. 21 Pf. bezahlen, aber er würde dann statt 2 Mk. Krankengeld 3,50 Mk. erhalten.

Aber man wird sagen: Die Sozialdemokraten fordern das Krankengeld in der Höhe des vollen Tagelohnes, sie behaupten, in der Familie werde bei Krankheit des Mannes nicht weniger, sondern mehr gebraucht, weil doch der Kranke nach ärztlichen Vorschriften versorgt werden soll. Wenn hierdurch auch die Krankheiten abgemindert werden, wird doch mehr als doppelt soviel Krankengeld gebraucht, also muß der Beitrag verdoppelt werden. Dem ist aber nicht so; denn der Kranke braucht darum nicht etwa zwei Ärzte oder das doppelte Quantum Medizin. Gegenwärtig erfordert das Krankengeld 42 Proz. der Beiträge. Würde das Krankengeld verdoppelt, muß statt 1 Mk. 1,42 Mk. Beitrag erhoben werden.

Eine erhebliche Mehrbelastung würde allerdings die Hilfe für Schwangere und Mütter erfordern. Sie ist aber durchaus erforderlich. Die fehlende Hilfe bringt den Frauen frühes Siechtum, bringt die hohe Säuglingssterblichkeit. Ist es für Deutschland nicht beschämend, daß es unter allen westeuropäischen Staaten die höchste Säuglingssterblichkeit zählt? Von 100 Lebendgeborenen starben 1908 in Deutschland im ersten Lebensjahre 17,8, in Italien 15,6, in Frankreich 14,3, in Belgien 13,2, in den Niederlanden 12,5, in England 12,1, in Schottland

zungsbureaufratte, die eigenen Vereinigungen der Arbeiterjugend mit schlotternder Angst beobachtet und mit allen Genotsmitteln bekämpft. Eingedenk des Wahlwunschs: Preußen in Deutschland voran und Deutschland in der Welt voran — im Kampf gegen Fortschritt und Kultur — hat besonders die preussische Regierung in der Niederkämpfung der freien Jugendbewegung bahnbrechend zu wirken versucht. Man begnügte sich nicht mit der Auflösung der freien Jugendorganisationen, sondern man suchte sie auch durch eine behördlich konfessionierte und aus den Steuergrößen des Volkes subventionierte Jugend-„pflege“ zu erheben, um die Arbeiterjugend ihren ernsten und heiligen Bildungsbestrebungen und ihrem Ringen nach klarer Erkenntnis zu entziehen und sie in die Zwangsjade der „nationalen“ oder frömmelnden Jugendvereine unter pfäfflicher oder bureaukratischer Bevormundung zu pressen. Dadurch sucht man den Satz von der Einleitung einer „plannmäßigen Ausgestaltung der Jugendfürsorge“ in der Thronrede vom 10. Januar 1911 so schnell als möglich zu verwirklichen.

So eilig hat man es mit der Einlösung eines anderen, weit älteren Versprechens, das in feierlicher Stunde vor dem Landtage verkündet wurde, bei weitem nicht. Das Königswort, durch das in der Thronrede vom Oktober 1908 eine Reform des preussischen Dreiklassenwahlsystems, das sogar von Bismarck als das edelste aller Wahlsysteme bezeichnet wurde, feierlich gegeben wurde, harret noch immer der Einlösung. Die Massen des Volkes fordern die vollständige politische Gleichberechtigung in Preußen. Aber gerade diese Gleichberechtigung, die den Demut der Reaktion bald durchbrechen und dem Fortschritt eine Waffe bahnen würde, fürchten die reaktionären Gewaltmenschen, und deshalb suchen auch ihre gleich-

gesinnten stöckreaktionären Kommiss in der Regierung die Einlösung jenes Königswortes mit allen Kräften zu hintertreiben. Die Rechte des Volkes sollen nicht erweitert, sondern womöglich noch beschnitten werden! Das ist der Grundsatz, der den Volkseindern aller Arten konsequent als Richtschnur dient.

Hat man doch, um noch ein Beispiel zu nennen, auch in der Reichsversicherungsordnung die Volksrechte zu beschneiden und den Einfluß der Arbeiter, den diese besonders in der Krankenversicherung ausübten und durch den dieser Versicherungsweig ungemein gefördert wurde, zu brechen versucht. Ob der Streich gegen die Selbstverwaltung in den Krankenkassen und für die möglichst vollständige Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den anderen Versicherungszweigen gelingen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls zeigen aber schon die in dieser Richtung laufenden Bemühungen, wessen sich das Volk und wessen sich hauptsächlich die Arbeiterklasse versehen kann.

Aber wenn die Herrschenden glauben, durch diese kleinlichen Versuche zur Entrechtung und Rechtslosigkeit das Proletariat in seinem Vorwärtsdrängen aufhalten zu können, wenn sie meinen, gegen den kulturellen Fortschritt einen Damm aufgerichtet zu haben, dann haben sie sich schwer getäuscht. Das fortschrittliche Volk ist mit der Leidensgenossenschaft, mit dem Absolutismus, mit dem berichtigten Sozialistengesetz fertig geworden, seine Widersacher sind in allen Entwicklungsperioden der menschlichen Gesellschaft vom ewig vorwärts rollenden Rade der Zeit zur Seite geschleudert oder gerammt worden, — es wird auch mit neuen reaktionären Hemmversuchen und ihren Bärten fertig werden. Auch über sie wird der Fortschritt triumphieren. Das Osterfest leht es

uns: Es muß doch Frühling werden! Und wie in der Natur der Frühling dem Winter folgt, so muß auch der Winter, der sich periodisch über die menschliche Gesellschaft breitet, unbedingt durch einen neuen Frühling, durch einen Völkerfrühling im wahren Sinne des Wortes abgelöst werden.

Aber auch im Winter ruht ja das Vorwärtsdrängen, die Weiter- und Höherentwicklung nicht! Unter der Schneedecke keimen die Körner, deren Kalme im Frühling der Sonne entgegenstreben, deren Blüten im Sommer reifen und deren Früchte wir im Herbst ernten. Jedes Samenorn erhebt uns vielfach wieder! Und ebenso entwickelt sich unter der Schneedecke des Winters der Reaktion ein geheimnisvolles Leben, ein schaffendes Werden, ein Sprengen und Keimen, das sich zur Höhe, zum Lichte drängt, sobald seine Zeit gekommen ist. Es wird vielleicht nicht mehr lange dauern, bis auch auf den gegenwärtigen Winter deutscher, besonders preussischer Reaktion der befriedende Frühling folgt.

Die Idee läßt sich eben nicht erlöten. Sie kann eine Zeit lang im stillen wirken, aber nur um zur rechten Zeit heftigst hervorzubrechen. Das lehrt uns sogar die christliche Osterfeier! Der große Nazarener starb unter den Händen seiner Peiniger. Dem martervollen Kreuzestod auf Golgatha erlag der Träger der Idee des Fortschritts, der Höherentwicklung des Menschengeschlechts. Die Idee selbst konnte aber nicht erlöten werden. Sie feierte sieghaftige Auferstehung, wie sie nach jedem neuen Unterdrückungs- und Ausrottungsversuche, nach jeder Periode geheimnisvollen, stillen Wirkens immer wieder sieghaftig, alles bezwingende Auferstehung feiern wird. Das ist unser Osterbekenntnis, das uns mit Hoffnungsfreudigkeit und mit fröhlicher Siegeszuversicht erfüllen wird jetzt und immerdar. pb.

11, in Irland 9,7, in der Schweiz 10,8, in Schweden 7,7 und in Norwegen 6,7. Man verhindere, daß die Mutter bis zum Tage der Entbindung arbeiten muß, erhalte dem Säugling in den ersten Monaten die Mutter und man wird der Gesundheit der Frauen und der Säuglinge die denkbar größten Dienste erweisen.

Man wende nicht ein, die Lasten könnten nicht getragen werden. Sie werden doch auch heute getragen, nur daß die mit zahlreichen Kindern gesegneten Familien sie jetzt allein tragen müssen, bei Ausbesserung der Versicherung aber eine Verteilung auf alle Versicherte eintreten würde.

Wenn die Krankenversicherung Träger der Schwangerschafts- und Mutterschaftsversicherung sein sollen, ist es nötig, die Krankenversicherung in einheitliche große Organisationen zusammenzuschließen; sonst würden die Unternehmer, wie z. B. die der großen Eisenindustrie, die keine Arbeiterinnen beschäftigen, Betriebsklassen gründen und sich so von den Lasten der Schwangeren- und Mutterschaftsunterstützung drücken.

Die Vereinheitlichung der Versicherung und damit die Beseitigung der Betriebsklassen wird auch aus einem anderen Grunde von den Sozialdemokraten gefordert. In manchen Betrieben werden aus Rücksicht auf die Betriebsklasse mit chronischen Krankheiten behaftete Arbeiter nicht angenommen. Mancher Arbeiter, der an Rheumatismus oder an einer ähnlichen Krankheit leidet, wird nicht wieder eingestellt, wenn er einmal erkrankt. So wird für diese Unglücklichen der Segen der Krankenversicherung nicht selten Ursache des Fluches der Arbeitslosigkeit.

Mit der Gründung großer einheitlicher Organisationen würde aber auch eine Ermäßigung der Verwaltungskosten erzielt. Die Schreibarbeit, die durch An- und Abmeldungen entsteht, würde erheblich vermindert. Auch sonst wären Vereinfachungen des Betriebes möglich. Statt der gegenwärtig bestehenden 23 000 Klassen brauchte man kaum den 20. Teil.

Eine erhebliche Entlastung der Krankenkassen wollten unsere Genossen dadurch herbeiführen, daß sie die Lasten aus Betriebsunfällen ganz den für die Unfallversicherung geschaffenen Organisationen überweisen. Wie groß die Lasten durch Betriebsunfälle sind, geht daraus hervor, daß 1909 in Deutschland 664 247 Unfälle gemeldet wurden, von denen in den ersten 13 Wochen 525 177 Fälle durch Heilung erledigt wurden. Diese Unfälle belasteten also nur die Krankenkassen; aber auch bei den 139 070 schwereren Unfällen hatten die Krankenkassen die Unkosten für 13 Wochen zu tragen, wenn der Unfall nicht sofort tödlich verlief.

Vor allen Dingen glauben unsere Genossen die Krankenversicherung durch Erhaltung der vollen Selbstverwaltung verbessern zu können. Viele Mißstände, die sich aus dem Betriebe ergeben, können durch Abänderung der Organisation oder der Satzungen ohne Schwierigkeit beseitigt werden.

Die Krankenversicherung muß sich den Bedürfnissen des täglichen Lebens anpassen. Je nach dem Orte, der Zusammensetzung der Arbeiterbevölkerung usw. sind diese Bedürfnisse verschieden; aber bei ausreichender Bewegungsfreiheit läßt sich auch diesen besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen.

**Jahresbericht vom Gau 13.**

An den bedeutenden Fortschritten unserer Organisation im verflossenen Geschäftsjahre hat auch der Gau 13 seinen guten Teil mit beigetragen. Das Jahr 1910, das dem Arbeiter nach jeder Richtung hin weitere Lasten brachte, ist auch an unseren Kollegen nicht spurlos vorübergegangen. Manchen sind die Augen aufgegangen und manche haben den Weg zur Organisation gefunden; doch noch viele sind zu gewinnen. Die große Ausdehnung unseres Gaues verhinderte, daß nicht alles erreicht wurde, was wir wünschten, wozu noch die schlechte Bahnverbindung mit in Frage kommt.

Die Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen als Gauborort steht wieder an erster Stelle. Hat sich doch der Mitgliederstand von 179 auf 244 gehoben. Die im Herbst eingesezte Lohnbewegung in der Kartonnagenindustrie brachte den Beteiligten eine Reihe wesentlicher Verbesserungen. An den Kartonnagearbeitern und hauptsächlich an den Arbeiterinnen liegt es, nicht allein das Errungene festzuhalten, sondern auch für neue Kämpfe zu rüsten.

Die Zahlstelle Heidelberg machte leider im verflossenen Geschäftsjahre wenig Fortschritte, was hauptsächlich an der Interessenlosigkeit der Kollegen selbst liegt. Der größte Teil der Mitglieder glaubt, wenn sie ihren Beitrag zahlen, vielleicht auch ihre Zeitung lesen, hätten sie ihre Pflicht getan. So finden wir, daß dieselben auf allen Verganigungen, Festlichkeiten usw. zu sehen sind, nur nicht in Versammlungen. Den Heidelberger Kollegen wollen wir zurufen: Heraus mit der spießbürgerlichen Harmoniebläselei und mitgeholfen an der Arbeiterbewegung,

damit auch für Euch einmal bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Auch die Zahlstelle Kaiserslautern war nicht in der Lage, über ihren alten Stand hinauszukommen, obwohl sich die Verwaltung durch rege Agitation in Versammlungen usw. die beste Mühe gab. Ein großes Feld ist dort in bezug auf die Arbeiterinnen noch zu bearbeiten, sind doch nach unserer letzten Statistik neben 25 Arbeitern 64 Arbeiterinnen vorhanden.

Etwas besser haben sich die Organisationsverhältnisse in der Zahlstelle Saarbrücken gestellt. Dieselbe erhöhte ihren Stand von 11 auf 19 Mitglieder. Hoffen wir, daß im neuen Jahre die Agitation ebenso intensiv betrieben wird, damit auch dort der letzte Mann der Organisation zugeführt wird.

Die jüngste Zahlstelle unseres Gaues, Randel, welche am 1. April mit 25 Mitgliedern gegründet wurde, hat sich in kurzer Zeit bis auf 41 gehoben. Leider waren hier persönliche Zwistigkeiten an der Tagesordnung; auch das Verhalten des früheren Vorsitzenden der Zahlstelle trug wesentlich dazu bei, einen Rückgang bis auf 17 zu bringen. In Randel fehlt es an einigen tüchtigen, in der Organisation bewanderten Kollegen, welche die Auffklärungsarbeit innerhalb der Mitglieder zu leiten hätten. Die Zahlstellenverwaltung ist eifrig tätig, doch sind es alles noch Neulinge, die selbst noch lernen müssen. Der Gauborort wird der Zahlstelle jederzeit zur Verfügung stehen und versuchen, sie auf die Höhe zu bringen, damit auch in Rande für sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können. Bekanntlich ist Randel gerade durch seine schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer der Orte, die die größte Schmutzkonzurrenz in der Kontobuchbranche machten.

So wie sich die Verhältnisse in den Zahlstellen entwickelt haben, finden wir auch das gleiche in den übrigen Orten. In Trier ist die Mitgliederzahl, dank der eifrigen Tätigkeit unseres Vertrauensmannes, rapid in die Höhe gegangen, und wenn die Agitation weiter so gute Erfolge bringt, werden wir Trier beim nächsten Jahresbericht ebenfalls unter den Zahlstellen finden. Auch in Grünstadt ist im verflossenen Jahre mehr Leben in die Organisation gekommen. Es hält dort schwer, die Wunden des letzten Streits zu heilen. Es wäre endlich einmal Zeit, einzusehen, daß das damalige Vorgehen nur ein überreifer Schritt der Kollegen selbst war.

In Birmasens, wo wir in den letzten Jahren nur wenige Fortschritte zu verzeichnen hatten, ist ebenfalls neues Leben erwacht; konnten doch im verflossenen Jahre wieder eine größere Anzahl Kollegen gewonnen werden. Kreuznach und Neustadt haben ihren alten Stand behauptet. Im ersteren Ort sind weiter keine Berufsangehörige vorhanden, und in Neustadt sind nur einige ältere Personen beschäftigt, welche für uns nicht in Frage kommen. In Worms konnte eine Anzahl von Aufnahmen gemacht werden, jedoch ist der Wechsel der Kollegen dort, wie überhaupt in den Gauborten, so groß, daß von einem festen Stand keine Rede sein kann. Immerhin sind die Kollegen, wenn sie denn abreißen, für die Organisation gewonnen. Ein hartes Feld ist in Kirchheimbolanden zu bearbeiten. Obwohl im Anfang des Jahres eine Reihe von Aufnahmen gemacht wurden, sind dieselben leider wieder abgefallen. Schuld daran ist, daß dort kein Kollege steht, welcher die Leute zusammenzufassen vermag. Wir werden jedoch bei der nächst passenden Gelegenheit wieder einen Vorstoß unternehmen. Das Schmerzenskind seit einer Reihe von Jahren ist

Oberstein-Idar. Trotz aller Mühe, welche der Gauborort sich gegeben hat, will es dort nicht vorwärts gehen. Auch hier tragen die Kollegen einen großen Teil der Schuld dadurch, daß ihnen das gegenseitige Vertrauen fehlt. Das Gewerkschaftsartell, welches wir schon wiederholt um Unterstützung angegangen haben, hat leider ebenfalls verjagt, eine Erscheinung, welche ernstlich bekämpft werden muß. Von Bruchsal, Schwezingen, Wiesloch, Neunkirchen, Sulzbach, Saarlouis und Wöllingen, wo wir je 1 bis 2 Mitglieder stehen haben, läßt sich nicht viel berichten, da uns diese Orte mit wenigen Ausnahmen kein großes Agitationsfeld bieten.

Im nachstehenden bringen wir eine kleine Tabelle über die Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. Januar 1910: 59 männliche, 3 weibliche Mitglieder, aufgenommen 69, zugereist 32, abgereist 51, ausgetreten 13, gefrieden 7, der Zahlstelle Randel überwiesen 25 männliche Mitglieder. Bestand am 31. Dezember 1910: 63 männliche, 4 weibliche Mitglieder. Die 63 männlichen und 4 weiblichen Mitglieder stehen in folgenden Orten: Grünstadt 14, Birmasens 10, Trier 8, Oberstein 7, Worms 4, Neustadt 4, Kreuznach 3, Kirchheimbolanden 3, Schwezingen 3, Bruchsal 2, Neunkirchen 2, Sulzbach, Saarlouis, Rappertshausen, Wöllingen und Wiesloch bei Heidelberg je 1 Mitglied.

Die Agitation von seiten des Gauborortes ist hauptsächlich auf schriftlichem Wege erfolgt, doch

wurde auch die mündliche Agitation sehr rege betrieben. So war der frühere Gauborort in Randel, Kirchheimbolanden, Trier, Heidelberg und Kaiserslautern anwesend und der Unterzeichneter in Worms, Grünstadt, Heidelberg und Randel. Nennenswerte Erfolge sind das Resultat dieser Reisen. Vor allem im ersten Halbjahr widmete sich der Gauborort der Agitation. Im zweiten Halbjahr war sein Augenmerk mehr auf die materielle Besserung der Mitglieder gerichtet. Der am 4. September in Neustadt stattgefundene Gauborort hat sich auf Grund einer aufgenommenen Statistik (siehe Nr. 36 der „Buchbinder-Zeitung“) mit dieser Frage befaßt und den Gauborort beauftragt, eine Gauborortbewegung in die Wege zu leiten. Ueber die Einführung der Bewegung sowie die Tariffage und den weiteren Verlauf derselben haben wir ausführlich in Nr. 47/1910 bis Nr. 2/1911 der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet. Leider ist die Bewegung von seiten der in Frage kommenden Innungen in die Länge gezogen worden, so daß wir mit einem vollständigen Resultat noch nicht aufwarten können. Wir werden jedoch nach dem Abschluß über den Verlauf eingehend berichten.

Zu dem vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Sammling für die ausgesperrten Etuisarbeiter haben die Einzelmitglieder des Gaues einen Beitrag von 80,70 M. aufgebracht. Die innere Tätigkeit des Gauborortes war ebenfalls eine sehr rege. Hierbei sei bemerkt, daß im verflossenen Jahre ein Wechsel in der Person des Vorsitzenden stattgefunden hat. Kollege Huber-Winter legte Mitte Juni infolge Abreise sein Amt nieder. Unsere Kasienverhältnisse sind sehr günstig. Die Verbandskasse hatte einen Bestand am 1. Januar 1910 von 448,04 M. Im Laufe des Jahres wurde vereinnahmt 2299,65 M. und ausgegeben — inklusive 1400 M. an die Verbandskasse — 2194,89 M., so daß die Verbandskasse einen Bestand am 31. Dezember von 552,80 M. aufweist.

Die Lokalkasse nahm 387,20 M. ein und gab aus 391,33 M. Sie hat einen Bestand von 217,96 M.

Mannheim.

P. H. Armbrust.

**Kolleginnen!**

Wenn alle in den Buchbindereien, Papierwaren-, Luxuspapier- und Etuisfabriken beschäftigten Arbeiterinnen im Buchbinderverband organisiert wären, dann müßte die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen eine weit bessere sein. Kolleginnen! Das zu erreichen ist unsere Aufgabe, indem wir unseren unorganisierten Mitarbeiterinnen, mit denen wir tagtäglich und stündlich zusammenarbeiten, Zweck und Nutzen des Verbandes klar machen. Geben wir denen die gelesenen Nummern der „Buchbinder-Zeitung“, machen wir sie auf besondere die Arbeiterinnen interessierende Artikel aufmerksam, fordern wir sie auf, mit in die Versammlung zu gehen, versuchen wir ihnen klarzumachen, daß gerade die Arbeiterin es ist, welche die Organisation am nötigsten braucht, weil wir von dem Unternehmer immer als billige und willige Arbeitskräfte angesehen werden, und alle durch die Organisation mit den Unternehmern geschaffenen besseren Arbeitsverhältnisse, seien es Lohnverhandlungen oder Arbeitszeitverlängerungen, in erster Linie uns Arbeiterinnen zugute kommen. Nehmen wir uns die Unternehmer zum Beispiel, wie die bemüht sind, zur Unterdrückung der Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Organisationen auszubauen und zu vergrößern.

Kolleginnen, tun wir es denen gleich! Wenn jede Kollegin sich zum Voratz macht, bis zum Jahresabschluss dem Verband mindestens eine Arbeiterin als Mitglied zuzuführen, welche eine stattliche Zahl im großen und wie wenig Arbeit für jede einzelne ist das. Errichten wir ein Vollwerk, an dem jede Macht der Unternehmer scheitern muß. Tun wir unsere Pflicht! Helfen wir die Reihen der um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen verstärken!

Eisenberg.

Minna E.-r.

**Korrespondenzen.**

Gesperrt sind:

Deutschland:

- Eisenberg (Etuissarbeiter);
- Hannover (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter, Portefeuille und Arbeiterinnen);
- Kathenow (Etuissarbeiter).

In den vorgenannten Orten wird Reiseunterstützung bis auf weiteres nicht ausgezahlt.

**Finnland:**

(Für alle Branchen.)

**Oesterreich:**

**Grnz** (Buchbinder und Arbeiterinnen);

**Olmutz** (die Firma Kullil);

**Zetschen-Wodenbach** (die Firma F. W. Stopp);

**Warnsdorf** (die Firma Opitz).

**Schweiz:**

**Arbon** (die Firma A. B. Feine, Stickeriegeschäft);

**Korjshach** (die Firma Feldmühle, Stickeriegeschäft);

**Zürich** (die Firmen Paul Carpentiers Söhne, Geschäftsbücherfabrik; G. Wolfensberger und G. Brieger u. Cie., Kartonnagenfabrik).

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach dem Gau 13, Posen und Langensalza, Etuisarbeiter und Buchbinder nach Danau bei den Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

**Düsseldorf.** Eigenartige Zustände herrschen in der hiesigen Königl. Hofbuchbinderei F. Zumpersch, Inh. Deben u. Fiedler. Für diese Firma scheint das Gesetz vom 1. Januar 1910 betreffs Arbeitereinstellung nicht zu existieren. Mühen doch die Arbeiterinnen häufig Sonntags wie Wochentags Überstunden leisten, auch die jugendlichen Mädchen unter 16 Jahren. Es dürfte ausgeschlossen sein, daß die Firma zur Beschäftigung der Letzgenannten fortwährend die behördliche Erlaubnis erhält. Auch die Sonntagsarbeit der Mädchen, die sich oft bis spät in die Nachmittagsstunden hinzieht, grenzt schon mehr an Ausbeutung. Natürlich wissen das auch die Inhaber und werden die Mädchen scharf bewacht, daß sie nicht mit fremden Gehilfen in Berührung kommen. Die Mädchen behaupten, ihnen sei zugemutet worden, bei Anfragen zu sagen, „das hätten sie aus sich selbst getan“. Hier wäre es an der Zeit, wenn die Gewerbeinspektion des öfteren Kontrolle hielt. Gerade durch eine solche ausgebehnte Ausnützung der weiblichen Hilfskräfte kann die Schmutzkonzurrenz die üppigen Blüten treiben. Oder bezahlt die Stadt Düsseldorf bei ihrem Millionenetat die Buchbinderarbeiten so schlecht? Diese Firma hat nämlich in der Hauptsache städtische Arbeiter. Den hier seinerzeit zwischen den Buchdruckerbetreibern, Buchbindermeistern und Gehilfen vereinbarten Tarif hat die Firma wohl anerkannt, stellt aber Gehilfen unter diesen Löhnen ein und drückt die Löhne, wo sie nur kann. Der Wechsel ist daher das Jahr hindurch ein ganz bedeutender. Immer wird den Gehilfen geflagt, die Firma könnte den Höchstlohn von 27 Mk. nicht zahlen, das ist aber nur ein Mittel zum Zweck und verträgt sich schlecht mit dem Florieren des Geschäftes. Solche Zustände duldet auch stillschweigend die hiesige Zählstelle des christlichen Graphischen Verbandes, welche in diesem Betriebe Vorstandsmitglieder stehen hat. Wahrscheinlich gehört solche Interessenvertretung der Arbeiter mit zu dem „berühmten“ neuen Kurs der christlichen Bewegung. Wir werden uns nicht abhalten lassen, an dieser Stelle noch mehr Firmen zu veröffentlichen, die die Mädchenausbeutung im großen betreiben. Wir sind der Meinung, der Arbeiterschutz muß auch von den hiesigen Buchdruckerereien innewgehalten werden.

**Salle.** Mit der Firma Schmeil ist ein Tarif abgeschlossen worden, in dem die 53stündige Arbeitszeit vorgesehen wurde. Täglich werden 9 Stunden gearbeitet, Sonnabends und an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage 8 Stunden. Als Minimallohne wurden festgesetzt: Für jugendliche männliche und weibliche Arbeiter unter 16 Jahren 6 Mk., nach halbjährlicher Tätigkeit 6,75 Mk., nach einem Jahre 7 Mk. Für Arbeiterinnen über 16 Jahre: 7 Mk., nach halbjährlicher Tätigkeit in der Branche 7,50 Mk., nach einem Jahre 8,25 Mk., nach einem weiteren Halbjahre 9,25 Mk., nach zwei Jahren 10,50 Mk. Männliche Arbeiter im Alter von 16—18 Jahren nach je zwei weiteren Jahren 3 Mk. mehr, so daß an über 22 Jahre alte Arbeiter ein Minimallohn von 24 Mk. gezahlt werden muß. Angeleitete Arbeiter erhalten je 3 Mk. weniger. Außerdem wurden einige Akkordpositionen tariflich festgelegt. Der Vertrag hat eine vierteljährliche Kündigungsfrist und läuft auf unbestimmte Zeit.

**Chemnitz.** Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der in Kartonnbetrieben und Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 5. April in Chemnitz. Genosse Land-

tagsabgeordneter Heldt hielt einen Vortrag über den „Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie“, der durch das brutale Verhalten der Unternehmer entbrannt ist. Genosse Heldt ermahnte am Schlusse seines Vortrages die anwesenden Unorganisierten, aus seinen Ausführungen die richtige Lehre zu ziehen und der Organisation beizutreten, je eher je besser; denn was hier in der Metallindustrie vor sich gehe, könne auch in unserem Berufe geschehen.

Hierauf referierte Kollege Pfüke über die Mißstände in den Chemnitzer Kartonnbetrieben. An der Hand reichhaltigen Materials entrollte er ein greuliches Bild der traurigen Zustände in denselben, schlechte Behandlung, ungesunde Arbeitsräume, ungesunde Ausbeutung der Arbeitszeit bei den Arbeiterinnen, Scheuern der Arbeitsräume während der Mittagsstunde oder nach Feierabend ohne Bezahlung usw., alles Dinge, die in den meisten Chemnitzer Betrieben vorherrschend sind. Durch die Kritik seitens des Verbandes ist schon manches besser geworden, aber um diese unhaltbaren Zustände endlich zu beseitigen sowie die der Aufbesserung dringend bedürftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, sei es Pflicht aller Anwesenden, für Stärkung unserer Organisation zu wirken. In der lebhaften Diskussion wurde noch mancher Mißstand aufgedeckt, insbesondere brachte eine Kollegin noch manches zur Sprache und empfahl den Kolleginnen, sich doch endlich zu organisieren, um diesen Zuständen in den Kartonnbetrieben ein Ende zu machen. Erfreulicherweise brachte uns diese Versammlung eine große Anzahl Neuaufnahmen, es hat den Anschein, als wenn endlich auch in Chemnitz der Boden für unsere Organisation sich lodere, da wir in letzter Zeit bedeutende Fortschritte zu verzeichnen haben. Es soll aber auch nicht unterschätzt werden, daß ein großer Teil bereits organisierter dem Verband recht wenig Interesse entgegenbringen. Sie glauben einfach, durch das Beitragszahlen ihre Pflicht erfüllt zu haben. Das kann aber durchaus nicht genügen, jedes Mitglied mußte Agitator für unsere Sache sein. Darum, Kollegen und Kolleginnen von Chemnitz, frisch ans Werk, agitieren und organisieren, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir, gestützt auf eine starke Organisation, uns bessere Verhältnisse schaffen können.

**Annaberg-Buchholz.** Ueber die Lage in der Kartonnagenindustrie des Erzgebirges berichtet das „Annaburger Wochenblatt“:

„Die Kartonnagenindustrie hatte auch in den letzten Wochen gleichbleibend gut zu tun. Ganz besonders werfen die bevorstehenden Londoner Krönungsfeierlichkeiten immer mehr ihre Schatten voraus. Fast keine Industrie bleibt da ganz unbeeinflusst. Dieses gilt aber um so mehr von der Kartonnagenindustrie, als diese nicht nur als Hilfsindustrie in Frage kommt, sondern auch direkt bei der Lieferung für die Krönungsfeierlichkeiten beteiligt ist. Es dürfte sich erübrigen, auf den großen Mehrverbrauch von Kartons aufmerksam zu machen, der durch eine Steigerung des Detailgeschäftes herbeigeführt werden muß. Diese Tatsache ist allgemein bekannt. Bei weitem wichtiger ist jedoch die direkte Beteiligung der Industrie an dem Geschäft. Es gibt in London eine Anzahl großer Exporthäuser, die sich vorwiegend mit dem Kolonialgeschäft befassen und die eine Spezialität in der Lieferung von Papptwaren aller Art machen. . . . Es wird voraussichtlich auch noch eine große Nachfrage nach Transparenten aller Art eintreten. Diese werden heute schon viel verlangt und durch die gleichen Geschäfte geliefert, welche auch die anderen Kartonnagenwaren auf den Markt bringen.“

Von einem Aufleben der Arbeiterschaft hört man noch recht wenig. Woran liegt das? Geht es ihr zu gut?

**Rundschau.**

**Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.** Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht die provisorische Tagesordnung für den 8. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Der Kongreß beginnt Montag, den 26. Juni 1911, in Dresden im Saale des „Livoli“:

- Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:
1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
  2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
  3. Beratung der Anträge, betreffend:
    - a) Allgemeine Agitation.
    - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
    - c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
    - d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
    - e) „Correspondenzblatt“.
    - f) Sozialpolitische Abteilung.
    - g) Zentral-Arbeiterssekretariat.
    - h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Borentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.
5. Heimarbeiterschutz und Hausarbeiterschutz.
6. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.
7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung.
8. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben.
9. Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die bestehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die Generalkommission einzusenden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongreß wird am 26. Juni 1911, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 1. Juli tagen. — Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongress regelt sich nach den von dem vierten Gewerkschaftskongreß (Stuttgart 1902) beschlossenen Bestimmungen. Die Delegation unseres Verbandes ist bereits vom Erfurter Verbandstag gewählt worden. Als Vertreter des Buchbinder-Verbandes nehmen am Gewerkschaftskongreß teil die Kollegen Kloth und Brüdner-Berlin, Zintz-Leipzig, Pfüke-Chemnitz, Küster-Hamburg und Michaelis-Berlin.

**Geschäftsergebnisse.** Der Abschluß der Schreibwarenfabrik Zuder u. Comp. A.-G. in Erlangen ergibt einen Gewinn auf Warenkonto von 371 612 Mk. (i. B. 344 835 Mk.), denen noch 20 778 Mk. (i. B. 22 326 Mk.) Gewinnvortrag hinzutreten. Nach Deckung aller Lasten mit 289 745 Mk. (i. B. 282 718 Mk.) und 9919 Mk. (i. B. 10 203 Mk.) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 92 730 Mark (i. B. 74 239 Mk.). Der Aufsichtsrat beauftragt hierfür folgende Verwendung: 3597 Mk. (i. B. 2595 Mk.) Zuweisung zum gesetzlichen Reservefonds, 18 000 Mk. Zuweisung zur Spezialreserve, 1417 Mk. (i. B. 1365 Mk.) Fünftel des Aufsichtsrats, 9 Proz. Dividende (wie im Vorjahr) mit 49 500 Mk. und 20 215 Mk. (i. B. 20 778 Mk.) Gewinnvortrag. Die weitere Zuweisung zur Spezialreserve begründet die Verwertung mit dem Wunsch einer weiteren Verstärkung der Betriebsmittel der Gesellschaft. Die Vorräte sind eingestuft zu 264 937 Mk. (i. B. 236 709 Mk.). An Reserven sind ausgewiesen 24 085 Mk. gesetzliche Reserve und 15 000 Mk. Spezialreserve. Der Umsatz hat sich im Geschäftsjahr 1910 wieder erhöht und für das laufende Jahr bestehen auf Grund des bisherigen Geschäftsganges und der vorliegenden Aufträge ebenfalls günstige Erwartungen.

Der Abschluß der Firma ist ein günstiger. 9 Proz. verbleiben nach reichlichen Abschreibungen den armen Aktionären, die Löhne der Arbeiter jedoch sind unglaublich niedrige.

**Eine neue Zwangsinnung für das Buchbinder-, Leber-, Etuis- und Kartonnagenhandwerk in Dresden.** Auf Antrag Beteiligten wurde angeordnet, daß vom 1. Mai 1911 ab sämtliche Gewerbetreibenden, welche im Bezirk der Amtshauptmannschaften Dresden-A. und Dresden-N., einschließlich der Stadt Adeberg, sowie in der Gemeinde Kreihscha das Buchbinder-, Leber-, Etuis- und Kartonnagenhandwerk betreiben, der neu zu errichtenden Zwangsinnung für das Buchbinder-, Leber-, Etuis- und Kartonnagenhandwerk im Bezirk der Amtshauptmannschaften Dresden-A. und Dresden-N., einschließlich der Stadt Adeberg, sowie in der Gemeinde Kreihscha mit dem Sitz in Blasewitz anzugehören haben.

**Zur Entschädigung der Arbeitseinstellungen.**

In neuerer Zeit sind fast sämtliche dem Verband Deutscher Buchbindermeister angeschlossene Firmen der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen beigetreten. Ueber den Mitgliederstand, sowie über die Entschädigungen, welche genannte Gesellschaft zu leisten imstande ist, ist dem Bericht über eine am 10. Februar unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Dr. Böpffel-Leipzig abgehaltene Vorstandssitzung mit anschließender Ausschußsitzung unter anderem folgendes zu entnehmen: Die Festsetzung der Entschädigungen für die 156 entschädigungsberechtigten Streiks und Aussperrungen des Vorjahres wurden nach Prüfung der Sachlage von Fall zu Fall auf Grund der Vorarbeiten einer Kommission gemäß der in den Satzungen vorgeschriebenen Berechnungsweise vorgenommen. Für die an der Aussperrung der Bauarbeiter im vorigen Frühjahr beteiligten 35 Mitgliedsfirmen wurden rund 135 000 Mk., darunter einer Firma allein 19 000 Mk. als Entschädigung bewilligt. Mit der Auszahlung der bewilligten Entschädigungen ist inzwischen begonnen worden. In der anschließenden Ausschußsitzung erstattete Herr

Direktor Grüner-Deuben den Geschäftsbericht für 1910, aus welchem unter anderem hervorgeht, daß die Mitgliederzahl am 1. Januar 1910 von 1296 auf 2180 mit einer Lohnsumme von fast 200 Millionen Mark gehoben hat. Es wurde beschlossen, der voraussichtlich Ende Juni stattfindenden Generalversammlung die Abänderung des Namens der Gesellschaft in Vorschlag zu bringen, um auch äußerlich in der Firmierung der in den letzten Jahren erfolgten Ausbreitung der Gesellschaft über fast alle Teile des Deutschen Reiches Rechnung zu tragen. Der Gesellschaft haben sich in der letzten Zeit zahlreiche Arbeitgeberverbände der verschiedensten Industriezweige für sämtliche oder den größeren Teil ihrer Mitglieder angeschlossen, wie auch einige weitere Branchenverbände ihren Beitritt in Aussicht gestellt haben. (Allg. Anz. f. Buchb.)

Zum Redakteur der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ wurde der frühere Vorsitzende des Portefeullerverbandes, Genosse G. Weinschild, gewählt. Der seitherige Redakteur, Genosse Fr. Müntner, übernahm die Leitung des Leipziger Gauzes des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Der Bericht der Generalkommission für das Jahr 1910 wird in der Nr. 13 des „Correspondenzblattes“ erstattet. Er beschäftigt sich in seinem allgemeinen Teil zunächst mit den Leistungen der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiete, die als immer häufiger bezeichnet werden. Dem Stellenvermittlungsgesetz mit seiner ungenügenden Wirkung wird Erwähnung getan und dem gleichen Art vorgelegten Gesetzentwurf eines Hausarbeitsgesetzes, dem ein von den Gewerkschaften und bekannten Sozialreformern einberufener Heimarbeitertag Form und Inhalt geben wollte. Das Arbeitsamtergesetz harzt noch der Erledigung und es besteht die Gefahr, daß einige Verbesserungen, die die Kommission beschloß, in der dritten Lesung im Plenum wieder ausgemerzt werden. Zu dem großen Minderungsantrag der Sozialversicherung, dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, nahm ein von der Generalkommission einberufener außerordentlicher Gewerkschaftskongreß Stellung, auf dem in großzügigen Referaten und Diskussionen die Forderungen der Arbeiter präzisiert wurden. Die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Verschlechterungen der Arbeiterversicherung, besonders das schwer bedrohte Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen, dazu die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufene Volksauspörierung und endlich der böllig mißglückte Versuch, die Arbeiterorgane gegen die Arbeiterorganisationen auszunutzen, waren treffliche Agitationsmittel für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Von der Jugendbewegung werden erfreuliche Fortschritte berichtet. Eine im April in Berlin tagende Konferenz bestimmte die Richtlinien für die Bewegung. Die Zahl der Jugendausschüsse stieg von 330 auf 377; die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ von 32 000 auf 54 000, zurecht auf 57 000; Jugendheime bestehen an etwa 100 Orten. Die erste Auflage der Jugendliederbücher von zirka 50 000 Exemplaren ist vergriffen. Dem Auflösungsseifer der Polizei gegen die früheren Jugendorganisationen wird als Erfolg eine schnellere Entwicklung der Jugendbewegung zugesprochen.

Zwischen dem Zentralverband der Konsumvereine und der Generalkommission sind gemäß der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses Vereinbarungen getroffen worden, die die Behandlung der Strafankalteszeugnisse, die Behandlung der Heimarbeit, die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsübliche Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaufträgen und Regelung von Arbeiten, die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften regeln.

Der internationale sozialistische Arbeiterkongreß wurde laut Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission von 100 Gewerkschaftsvertretern besetzt und zur internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsandt die Generalkommission zwei Vertreter nach Paris. Die Generalkommission der Gewerkschaften erklärte in einer anlässlich des Verbandstages deutscher Gewerkschaften abgehaltenen Konferenz ihr Einverständnis mit der Auflösung dieser Kommission und Ueberweisung der Geschäfte dieser Kommission an die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission. Schließlich wird noch der internationalen Hygieneausstellung gedacht, an der sich die Gewerkschaften beteiligen wollten, und der hieran sich anschließenden Verhandlungen.

Für die Agitation wurde von der Generalkommission in der Weise gefordert, daß, wie auch in früheren Jahren, zwei der italienischen Sprache kundige Agitatoren in den Wintermonaten in die Bezirke Italiens gesandt werden, aus denen hauptsächlich die Einwanderung der Arbeiter nach Deutschland

erfolgt; die in München errichtete Auskunftsstelle für aus Italien kommende Biegeleiarbeiter wurde weiter aufrechterhalten. Daneben wurden Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen nach Möglichkeit finanziell unterstützt; desgleichen wurden Mittel für Wahlen zu Gewerbegerichten und Krankenkassen gegeben.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse fanden im Berichtsjahre drei statt, die insgesamt von 203 Teilnehmern besucht waren. Von der Veranstaltung eines Unterrichtskurses für die Arbeitersekretäre wurde mit Rücksicht auf das durch die Reichsversicherungsordnung und die Minderung des Strafrechts neu zu erwartende Recht Abstand genommen. — Im Etat der Generalkommission überliegen die Ausgaben die Einnahmen um 5824 Mk.; die Mehrausgaben von 13 300 Mk. entstanden hauptsächlich durch Errichtung der sozialpolitischen Abteilung. Die Sammlung für die Bauarbeiterauspörierung ergab 1 1/2 Million Mark.

Deutsche Gewerkschaften im Jahre 1910. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Im vergangenen Jahre haben die Bäcker und Konditoren in ihrer gewerkschaftlichen Organisation einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Nach dem vorliegenden Jahrbuch für 1910 waren am Jahresabschluss in 116 Zöhlstellen und 20 Orten mit Vertrauensmännern 23 093 Mitglieder, inklusive 3061 weiblichen, vorhanden, was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 2743 bedeutet. Geordnet nach Branchen entfallen auf die Bäcker 16 658 = 72 Proz., Konditoren 1426 = 6,2 Proz., Hilfsarbeiter 1740 = 7,5 Proz., Arbeiterinnen 3061 = 13,3 Proz. und 208 Lehrlinge. Die stärkste Zunahme weisen die Arbeiterinnen mit rund 1000 und die Bäcker mit 1273 Mitgliedern auf. Diese bedeutende Mitgliederzunahme konnte die Organisation trotz aller schärfmacherischen Bestrebungen der Unternehmer erreichen, die alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen das Vorwärtsschreiten des Verbandes zur Anwendung brachten. Den Einnahmen von 718 806 Mk., inklusive 214 210 Mk. Kassenbestand, stehen 485 987 Mk. Ausgaben gegenüber. Das Verbandsvermögen beträgt 232 819 Mk. Von den Ausgaben wurden für Unterstützungen 187 473,95 Mk. verwendet. Anderen Verbänden wurden für Streikunterstützung 11 593 Mk. überwiesen.

Außer dem Bericht des Vorstandes enthält das Jahrbuch Abhandlungen über die wirtschaftliche Lage im Gewerbe. Durch die Preissteigerung der Rohprodukte war die Konjunktur für das Unternehmertum außerordentlich gewinnbringend, für die Arbeitererschaft war sie dagegen wenig erfreulich. So war die Arbeitslosigkeit bei den Bäckern gegenüber anderen Branchen besonders hoch; für 254 040 Tage Arbeitslosigkeit mußte Unterstützung gezahlt werden. Weiter wird das Ergebnis der Betriebszählung in eingehender Weise besprochen, wobei besonders hervorzuheben ist, daß 41 850 Lehrlinge allein in den Bäckereien beschäftigt wurden.

Das Ergebnis einer im November vorigen Jahres aufgenommenen Statistik über die Löhne, das Größenverhältnis der Betriebe, den Kost- und Logiszwang, wie der Konsumgenossenschaftlichen Produktions bildet eine wertvolle Bereicherung des Jahrbuches. Sehr niedrige Löhne weisen die Beschäftigten in der Schokoladen- und Zuckwarenindustrie auf. Dort beträgt das Durchschnittseinkommen eines erwachsenen Arbeiters 20,66 Mk., eines jugendlichen 9,16 Mk., einer erwachsenen Arbeiterin 10,82 Mk. und einer jugendlichen Arbeiterin 8,14 Mk. Die Befreiung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber konnte weiter erreicht werden. Von wesentlicher Bedeutung ist das Anwachsen der Großbetriebe in den Bäckereien. Mit mehr als zehn beschäftigten Personen wurden 475 Betriebe mit 8792 Arbeitern im Verbandsgebiete gezählt. Dazu kommt noch, daß in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien allein für 61,8 Millionen Mark Brot und Backwaren produziert wurden. Soweit gegnerische Organisationen vorhanden sind, wurden auch deren unternehmerfreundliche Bestrebungen im Jahrbuch gewürdigt. Die Christlichen ebenso wie die Gelben leisteten den Unternehmern durch ihren Streikbrecherzutrieb hervorragende Dienste. Das alles muß den der Organisation Fernstehenden die Notwendigkeit einer starken Organisation beweisen. —

Der Zentralverband der Lederarbeiter. Auch dieser Verband zeigt für das Berichtsjahr eine sehr günstige Entwicklung. Die Mitgliederzahl stieg um 2937, von 11 922 auf 14 859 Mitglieder. Es wurden 101 Lohnbewegungen an 91 Orten in 237 Betrieben mit 6830 Beschäftigten geführt. Von den Beschäftigten waren 4597 Personen an den Bewegungen beteiligt. Von den 101 Lohnbewegungen dienten 91 Bewegungen mit 4288 Beteiligten der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, während 10 Bewegungen mit 311 Beteiligten zur Abwehr von Verschlechterungen der Ar-

beitsbedingungen geführt werden mußten. Durch die Lohnbewegungen wurde im Jahre 1910 für 1084 Personen eine Arbeitszeitverlängerung um 2652 Stunden pro Woche oder im Durchschnitt 2 1/2 Stunden pro Person und Woche erzielt. Ferner für 3421 Personen eine Lohnerhöhung um 6043 Mk. oder 1,80 Mk. pro Person und Woche. Außerdem trat noch infolge geltender Tarifverträge für 1479 Personen eine Lohnerhöhung um 1324 Mk. pro Woche und für 73 Personen eine Arbeitszeitverlängerung um 225 Stunden pro Woche in Kraft, so daß also insgesamt durch die Lohnbewegungen des Jahres 1910 und durch Bestimmungen der in Geltung befindlichen Tarifverträge für 1157 Personen eine Arbeitszeitverlängerung um 2907 Stunden pro Woche und für 4960 Personen eine Lohnerhöhung um 7376 Mk. pro Woche erzielt wurde. Durch die Lohnbewegungen wurden 36 Tarifverträge für 96 Betriebe mit 2037 Personen abgeschlossen. Die Jahreseinnahme betrug 380 153 Mk., davon 2490 Mk. an Eintrittsgeldern, 369 934 Mk. an Beiträgen und 7728 Mk. sonstige Einnahmen. Die Jahresausgabe betrug 353 848 Mk. An Streik- und Gemahrgeldunterstützung wurden 74 326 Mk., an Erwerbslosenunterstützung für 130 311 Tage 128 618 Mk. gezahlt, für sonstige Unterstützungen 14 142 Mk., die „Lederarbeiterzeitung“ kostete 26 243 Mk. und die sonstigen Ausgaben erforderten zusammen 110 518 Mk. Der Verband konnte also im vergangenen Jahre die Interessen der Lederarbeiter und Handschuhmacher in wirksamer Weise vertreten. —

Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband. Nach dem Jahresbericht des Verbandes, dem seit 1910 die Mühlenarbeiter angeschlossen sind, war die Entwicklung der Organisation in jeder Beziehung eine erfreuliche. Die Agitation wurde zwar sehr beeinträchtigt und deren Erfolge zum großen Teil illusorisch gemacht durch die Nachwehen der vom Schnapsböll beschlossenen Brauereierhöhung im Jahre 1909 bzw. durch die erhebliche Verminderung des Bierkonsums und der Produktion. Ueber den Winter 1909/10 blieb den Arbeitern auf Grund der Vereinbarungen des Brauereiarbeiterverbandes mit den Unternehmerorganisationen zum größten Teil ihre Arbeitsgelegenheit erhalten; dann aber traten die Folgen der Brauereierhöhung ein und rüchrichtlos wurde die Arbeiterzahl verringert. Mehrere Tausend verloren ihre Arbeitsstelle. Trotzdem beträgt die Zunahme an Mitgliedern 3873, mit den angeschlossenen Mühlenarbeitern zusammen 7407, so daß sich der Mitgliederbestand von 33 896 auf 41 303 erhöhte.

Die Finanzverhältnisse entwickelten sich in gleich erfreulichem Maße. Die Einnahmen der Hauptklasse stiegen von 784 613 Mk. im Jahre 1909 auf 976 950 Mk. im Jahre 1910. In dieser Summe sind enthalten rund 76 748 Mk. Bestand vom Mühlenarbeiterverband. Diese abgerechnet, betrug die Mehr-einnahme immer noch rund 116 000 Mk. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 753 118 Mk. im Jahre 1909 auf 856 425 Mk. im Jahre 1910, die Gesamtausgaben von 602 666 Mk. auf 743 560 Mk. Das Vermögen einschließlich des in den Lokalkassen stieg von 904 200 Mk. auf 1 209 265 Mk., davon in der Hauptklasse 1 006 295 Mk. — An Unterstützungen wurden ausbezahlt 347 700 Mk. gegen 286 276 Mk. im Vorjahre. Die größten Summen an Unterstützungen entfallen 1910 auf Krankenunterstützung 139 128 Mk., Streikunterstützung 111 000 Mk., Arbeitslosenunterstützung 48 525 Mk.

Auch in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Verband im Jahre 1910 recht ansehnliches geleistet. Lohnerhöhung wurde erzielt für 26 759 Personen pro Woche und 49 000 Mk. Arbeitszeitverlängerung für 19 902 Personen pro Woche rund 65 000 Stunden; Verbesserung in der Bezahlung der Ueberstunden für 16 694 Personen, in der Bezahlung der Sonntagsarbeit für 18 733 Personen, an sonstigen Verbesserungen verschiedener Art nehmen teil 27 054 Personen. Außerdem wurde Urlaub ohne Lohnabzug neu eingeführt in 384 Betrieben für 9047 Personen, schon bestehender Urlaub verbessert in 190 Betrieben für 12 421 Personen.

Tarifverträge wurden 306 abgeschlossen, und zwar für 768 Betriebe mit 26 802 Personen; darunter entfallen auf neue Tarifverträge 133 für 4175 Personen, Tarifverneuerungen 173 für 22 627 Personen.

Die gesamten Lohnbewegungen umfaßten 782 Brauereien, 90 Bierniederlagen, 28 Kalzfabriken, 10 Brennereien und 4 andere Betriebe. Durch Verhandlungen wurden 284 Lohnbewegungen erledigt, durch Streiks 46, die 67 Betriebe mit 1446 Personen betrafen. Von den Streiks endeten 27 mit vollem, 13 mit teilweisem, 6 ohne Erfolg.

Die vorstehenden Ergebnisse der Lohnbewegungen und Streiks beziehen sich nur auf die Arbeiter und Betriebsgruppen im Bereiche des früheren Brauereiarbeiterverbandes. Auf die Mühlenarbeiter entfallen 1910 42 Lohnbewegungen für 1293 Personen. Durch Verhandlung wurden die Forderungen für

1150, durch Streiks für 143 Personen erledigt, ein Streik war erfolglos. Erreicht wurden an Arbeitszeitverkürzung für 345 Personen 2255 Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 1008 Personen 1933 Mk. pro Woche, sonstige Verbesserungen für 1440 Personen. Tarifverträge wurden 8 abgeschlossen für 406 Personen. — Seit dem Zusammenbruch beider Verbände ist auch ein weit regeres Leben unter den Mühlenerarbeitern zu verzeichnen und nach den bisherigen Ergebnissen zu schließen, wird der Fortschritt auch im laufenden Jahre befriedigend sein.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand am 27. und 28. März in Berlin statt. Sie hatte sich in der Hauptsache mit der Durchführung der zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zu befassen. Hinsichtlich der Bekämpfung der Heimarbeit werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der den Mitgliedern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften die schweren wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Heimarbeit vor Augen führt und sie auffordert, Heimarbeitserzeugnisse beim Einkauf zurückzuweisen, vor allem solche aus den Branchen der Lebens- und Genussmittel, Bekleidungs- und Haushaltgegenstände. Soweit die Genossenschaften zur Eigenproduktion in modernen Betrieben und mit hygienisch und gewerkschaftlich geregelten Arbeitsverhältnissen übergegangen sind, sind deren Erzeugnisse in erster Linie zu berücksichtigen. — Ferner werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ein Merkblatt zur Bekämpfung der Heimarbeit herausgeben, das in den Gewerkschaftsbüros und Konsumvereinsfilialen unentgeltlich abzugeben ist. — Die ständige Versorgung der Arbeiterpresse mit aufklärenden Artikeln und Notizen über die Schädlichkeit der Heimarbeit wurde der „Sozialpolitischen Abteilung“ der Generalkommission übertragen. Die weiteren Vereinbarungen betrafen den Ausschluß von Strafanzahlserzeugnissen aus dem Warenverkehr der Konsumvereine, die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und der gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsverträgen und Vergütung von Arbeitern der Konsumvereine und die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder. Alle diese Vereinbarungen hatten bereits dem Hamburger Gewerkschaftskongreß (1908) vorgelegen, konnten aber damals ihre Erledigung nicht finden. Der diesjährige Gewerkschaftskongreß zu Dresden wird endgültig über dieselben entscheiden.

Einige Vorkommnisse im Geltungsbereich lokaler Tarifverträge mit Konsumvereinen gaben Anlaß zur Erörterung der Frage, wie die Konsumvereine gegen Tarifbruch zu schützen seien. Es wurde die Unterstellung dieser lokalen Tarife unter das zentrale Tarifamt empfohlen. Auch wurde erklärt, daß die den Konsumvereinen unter Tarifbruch abgerungenen Zugeständnisse nicht verbindlicher Natur seien.

Recht eingehend wurde über den Geldverkehr in den Gewerkschaften und die Begiehungen der letzteren zur Bankabteilung der Großeinlaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine verhandelt. Ein namhafter Teil der Gewerkschaftsgelder ist bereits teils bei der Bankabteilung der G.-G.-G., teils bei einzelnen Konsumvereinen angelegt. Um diesen Geldverkehr im beiderseitigen Interesse förderlicher und nutzbringender zu gestalten, wurden zahlreiche dankenswerte Informationen seitens der anwesenden Genossenschaftsvertreter gegeben.

Daran knüpften sich noch Aussprachen über einige weitere die Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam berührende Angelegenheiten. Den Rest der Verhandlungen der Konferenz bildeten interne Fragen der Gewerkschaftsbewegung.

In m e r k u n g: Unser Verbandskassierer Rolige Hauelsen hatte an die Generalkommission die Bitte gerichtet, ihm zu gestatten, bei dem im vorliegenden Abschnitt benannten Gegenstand den Verhandlungen als Gast bzw. Zuhörer beizuhören zu dürfen. Die Generalkommission hatte diese Bitte der Konferenz vorgelegt, diese lehnte es aber ab, Hauelsen als Zuhörer zuzulassen, und zwar mit der Motivierung, daß man nicht einem einzelnen Verbandskassierer ein solches Vorrecht einräumen könne. Wir hatten diesen Standpunkt der Konferenz für sehr engherzig, ja kleinlich, da gerade Hauelsen sich schon seit Jahren für eine ausgedehnte Zentralisation im Geldverkehr der Gewerkschaften interessiert. Was hätte es also verschlagen, wenn man ihm das Mitanhören der Ausführungen über diesen Gegenstand gestattet hätte? Denn sollen die gepflogenen Verhandlungen wirklich praktischen Nutzen zeitigen, müssen sie weit über den Kreis der an

der Konferenz beteiligten Verbands- und Genossenschaftsvertreter hinausgetragen und ventiliert werden.)

Der Streit zwischen den österreichischen Zentralisten und den nationalitätlichen Separatisten, der bekanntlich auch den Internationalen Kongreß beschäftigte, zeitigte nachfolgende Resolution, die die Vorstände der österreichischen Zentralgewerkschaften in einer am 17. März stattgefundenen Reichskonferenz faßten:

„Die Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften Oesterreichs erklärt, daß im Streitfall um die einheitliche Organisationsform mit den Separatisten der ehrliebe Wille zum Frieden durch die von der Reichsgewerkschaftskommission vorgelegten Einigungsanträge ernstlich befehndet wurde.

Die tschechischen Separatisten haben nun durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umschreibung ihrer ersten Anträge bedeuten, und ihr Verhalten während der Verhandlungen bewiesen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht anstreben. Sie haben im schroffsten Gegensatz zur Zentralorganisation den Willen klar ausgesprochen, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reichs unerschütterlich zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundätze wäre das Proletariat Oesterreichs, trotz aller Gegenseitigkeit, in den Fabriken und Werkstätten national zersplittert und könnte es unmöglich organisatorisch erfaßt werden.

Die Ablehnung der von den Zentralisten angestrebten organisatorischen Einheitsform und Ansammlung der hierzu erforderlichen Mittel bedeutet in ihrer Wirkung, auf den Kampf um die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für das tschechische Proletariat zu verzichten und ihn für die gesamte Arbeiterklasse Oesterreichs zu erschweren. Die aus den separatistischen Gegenanträgen ersichtlichen Tendenzen hindern dauernd die Beilegung eines Konflikts; sie widersprechen den elementarsten Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kämpfe, sind vielmehr Grundforderungen des schroffsten Nationalismus, Tendenzen, die das Proletariat nicht einigen, sondern gegenseitig entfremden und darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen.

Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näher stehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft.

Dadurch werden Gefahren nicht nur für das tschechische, sondern für das gesamte Proletariat Oesterreichs heraufbeschworen, die es im Kampfe gegen das mächtig emporkretende Unternehmertum organisatorisch hemmen und schwächen.

Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Die Reichskonferenz setzt das vollste Vertrauen in ihre Gesamtvertretung, die Reichsgewerkschaftskommission, in der Ueberzeugung, daß sie die Sache der Zentralorganisationen mit Umsicht und entsprechender Energie so wie bisher auch weiter führt. Sie erwartet daher von der sozialistischen Internationale in Oesterreich im Interesse des gesamten Proletariats die vollste Unterstützung in dem den Zentralorganisationen aufgezwungenen Kampfe, um die österreichische Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehr- und kampffähig zu erhalten.“

Dank des anmaßenden Verhaltens der nationalitätlichen Separatisten bleibt die österreichische Arbeiterschaft nach wie vor zersplittert. Diese Zersplitterung ist, wie bekannt, auch unter unseren Verursachern Oesterreichs eingerissen, wovon allerdings und zum Glück nicht die Zentralisten, sondern die Separatisten den Nachteil haben. Die Aktion, die das Internationale Buchbinder-Sekretariat nach der zweiten Internationalen Konferenz zur Beilegung der Differenzen unter unseren Berufsangehörigen einleitete, ist an der Ablehnung durch die Separatisten gescheitert.

— Wo stehen wir in der deutschen Arbeiterbewegung? Unter diesem Titel läßt das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ein Flugblatt verbreiten, das den Zweck haben soll, den deutschen Arbeitern vor der Sozialdemokratie graulich zu machen und für die christlichen Gewerkschaften und die Fuselblockparteien einzufangen. Das Manuskript, das alle alten und neuen Phrasen Stegerwalds konzentriert wiedergibt, wird selbstverständlich diesen Zweck versehen. Und darum verlohnt es sich kaum, das Flugblatt eingehender zu würdigen.

Die Arbeiter sollen in der Sozialdemokratie nicht ihre Ständesvertretung sehen, dahingegen dürfen sie dem Zentrum und den Konservativen

vollste Unterstützung angeheihen lassen. Die Sozialdemokratie schädige die Arbeiterschaft, weil sie durch ihre Existenz den Rücken der Scharfmacher deckt! Wir sehen, das christliche Generalsekretariat schreckt vor keinem Wadstirn zurück. Im Grunde genommen soll dieser Vorwurf nur die Tatsache verschleiern helfen, daß die diese Freundschaft der christlichen Gewerkschaften mit den Reaktionen und Schnapsblockparteien diese in ihrem Uebermut und in ihren Bestrebungen, die deutsche Arbeiterklasse zu knebeln, stärkt. Als Gegenleistung für diese Freundschaft erwarten die Christlichen von den Fuselblockparteien Zutreiberdienste und geschehliche Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, ohne zu bedenken, daß jedes Gesetz, das die Sozialdemokratie treffen soll, schließlich die gesamte Arbeiterschaft trifft. Dann wird der alte Lodenhüter aufgetischt, als hätten die Sozialdemokraten die Sozialgesetzgebung in Deutschland zu verhindern versucht. Wir meinen, die Christlichen hätten so ziemlich alle Ursache, im Interesse der Fuselblockparteien, vornehmlich des Zentrums, nicht an die Sozialgesetzgebung in Deutschland zu erinnern. Die Sozialdemokratie braucht sich ihrer Rolle, die sie in der sozialgesetzgeberischen Entwicklung Deutschlands gespielt hat, nicht zu schämen. Der Verfasser des Flugblattes steckt gewiß noch nicht in den ersten Höschen, da hat die Sozialdemokratie sich um Durchbringung von Forderungen in der Sozialgesetzgebung bemüht, die sich heute als Programmforderungen der christlichen Gewerkschaften wiederfinden. Wenn sie bisher nicht erfüllt worden sind, lag das an dem Verhalten der Parteien, die heute den Fuselblock bilden und zu deren Unterstützung, wie schon gesagt, auch das Flugblatt geschrieben worden ist. Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform! Das weiß der christliche Flugblattschreiber so gut wie diejenigen, die das wider Willen haben befunden müssen.

Statt sich mit der Krisis im eigenen Gewerkschaftslager zu beschäftigen, sucht man Krisen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu entdecken. Dem Flugblattschreiber steht das Wasser bis an die Nase wie auch seinen Genossen. Jeder neue Tag kann den Gewerkschaftsschreibern die Votschaft bringen, daß sie ihre jahrelang zur Schau getragene Ueberzeugung nunmehr endgültig und vollständig im Stich zu lassen haben. Welche Krisis die sozialdemokratische Bewegung durchzumachen hat, beweisen ihr Wachstum wie ihre Erfolge, beweist auch, daß sich mehr gläubige Christen in den freien Gewerkschaften pudelwohl fühlen, als die christlichen Gewerkschaften überhaupt an Mitgliedern zählen. Darum der Verzerger des Flugblattschreibers. Warum stellt er nicht einmal offen und ehrlich die wirtschaftlichen Erfolge wie das Finanzgebaren der freien und christlichen Gewerkschaften gegenüber. Graut ihm davor? Anscheinend, denn dann würde es sich ja zeigen, zu welcher Bedeutungslosigkeit die christlichen Gewerkschaften den freien Verbänden gegenüber verdammt sind.

„Akademische“ Unterrichtskurse für Arbeiter.

Künftig werden Arbeiter, die durch Fleiß und Geschäftlichkeit wohl in eine bessere Stellung gelangen können, durch eine Unkenntnis in den elementarsten Fächern des Volksschulunterrichts am Fortkommen gehindert. Besonders pflegen die Gemeindeführer in der Provinz wegen der hohen Schülerzahl in den einzelnen Klassen ihrem Schülern nur ganz oberflächliche und wenig haltende Kenntnisse zu übermitteln. Ungeordnete Familienverhältnisse, der Zwang zum frühen Beginn der Erwerbstätigkeit sind erfahrungsgemäß in vielen Fällen der Grund, daß strebende Arbeiter mit einem Mangel in den Schulkenntnissen zu kämpfen haben. Auch erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen die Möglichkeit zu bieten, Versäumtes nachzuholen, ist die Aufgabe der „Akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse“. Diese wurden vor zehn Jahren an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg gegründet. Seitdem sind etwa 25 deutsche Universitäten und Hochschulen diesem Beispiel gefolgt. Vereint sind sie in einer Zentralfstelle, die ihren Sitz jetzt in Leipzig hat. Der Unterricht wird von Studenten erteilt, deren Arbeit unentgeltlich ist. Die Arbeiter haben für jeden Kursus im Semester eine einmalige Einschreibgebühr von 50 Pf. zu entrichten, die zur Bekreitung der Verwaltungskosten verwendet werden. Der Unterricht hält sich frei von jeder politischen und konfessionellen Tendenz und erstreckt sich auf folgende Fächer: Rechtschreibung, Stillehze, Literatur und Aufsatz, Schönschreiben, Rechnen, Algebra, Geometrie, Geographie und Stenographie. Hinzu kommen bisweilen auch einige technische Fächer. Die einzelnen Fächer gliedern sich in verschiedene Stufen. Der Eintritt in die untersten Stufen setzt keine Kenntnisse voraus. Nach jedem Semester kann man in eine höhere Stufe eintreten. Die Unterrichtszeit liegt in den Abendstunden von 8—10 Uhr. Die Verwaltung ist in den Händen des Vorstandes, der aus der Mitte der

\*) Siehe auch „Correspondenzblatt“ Nr. 48 von 1907.

Studenten gewählt wird, und eines Arbeiterausschusses. Für den geselligen Zusammenschluß dienen zahlreiche Kunstabende, Sommer- und Winterfeste, Ausflüge und Museumsführungen, bei denen die Teilnahme meistens sehr rege ist.

**Bekanntmachung des Gau 6/7.**

Am Sonntag, den 4. Juni, morgens 9 Uhr, findet in Bremen im Gewerkschaftshause ein „Gautag“ statt.

Alles weitere geben wir in nächster Zeit bekannt.

Der Vorstand. S. A.: Fr. Küster.

**Bekanntmachung der Expedition.**

Unserm Ersuchen in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 2 der „Buchbinder-Zeitung“ um Begleichung der in den letzten Tagen des Vorjahres veränderten Rechnungen für Inserate, Protokolle, Geschichte des Verbandes usw. sind die nachbenannten Zahlstellen und Gauen nicht nachgekommen: Braunschweig, Dortmund, Stuttgart, Limbach, Heilbronn, Potsdam-Nowawes, Mühlheim-Oberhausen, Posen, Plauen, Ruhlau und

Gau 2. Von der Bekanntgabe dieser Zahlstellen erwarten wir eine bessere Beachtung unserer Veröffentlichungen und eine nunmehr umgehend erfolgende Zufendung der Beträge.

**Literarisches.**

Die Holzindustrie in der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Bearbeitet nach den Veröffentlichungen des Kaiserl. Statistischen Amtes. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Oktav. 236 Seiten. Preis pro Exemplar 2 M., geb. 2,50 M.

**ANZEIGEN**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

**Verwaltungsstelle Dresden.**

Sonntags, den 22. April, abends 1/2 9 Uhr, im Kassenlokal, „Bürgerhäuser“, Palmstr. 1.

**vierteljähr. Hauptversammlung**

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Ellenberg.**

Mittwoch, den 19. April. 1911, abends 8 Uhr.

**General-Versammlung**

bei Klotz.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Unserer lieben Kollegin **Anna Albert** nebst Bräutigam die besten Glückwünsche zur Vermählung. **Zahlstelle Würzburg.**

Unserer lieben Kollegin **Anna Hiegl** zur Vermählung mit Herrn **Max Böhm** die besten Glückwünsche! **Die Kommission der Kartonnagenbranche Dresden.**

**Zahlstelle Hamburg-Altona.**

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Kollegen

**August Murawski**

und

**Wilhelm Becker**

verstorben sind.

Wir werden denselben ein ehren- des Andenken bewahren.

Die Ortsverwaltung.

Unserm Kollegen **Abolf Haupp** zu seiner Vermählung die besten Glückwünsche!

**Zahlstelle Karlsruhe.**

**Wo** ist Buchbinder Gelegenheit geboten, sich selbständig zu machen? Offerten unter E. H. 10 an die Expedition erbeten.

**Ich kaufe** 1 Wappschere, gebraucht, für Photographie geeignet.  
**Ich verkaufe** 1 Handperforiermaschine, geb., gut erh., 40 cm.  
**August Konrad, Sungen, Hessen.**

**Bunte Glacélederabfälle.**

Wer ist Abnehmer für großen Posten? Anfragen unter U. N. 6417 an Rudolf Woffe, Halle a. S. erb.

**la Zephir-Dauerwäsche**

(kalt abwaschb. Mansch. u. Kragen etc.) Wiederberl., Händler, verl. Sie meine Engrospreisliste. Konkurrenzlose Preise. **W. Goldschmit, Eberfeld.**

**Ortskrankenkasse der Buchbinder und :: verwandten Gewerbe zu Berlin ::**

Dienstag, den 25. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes Festsaal, Sebastianstr. 39

**Ordentliche General-Versammlung**

Tagesordnung:

- 1. Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung.
- 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1910.
- 3. Ersatzwahl eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitgeber für 1911.
- 4. Aufhebung der gestellten Beamtenkautionen.
- 5. Einführung eines Pensionsregulativs für die Angestellten.
- 6. Verschiedenes.

R. Gottesmann, Vorsitzender. Fr. Keese, Schriftführer.

Ferner machen wir bekannt, daß der Jahresbericht für 1910 erschienen ist, und kann derselbe im Bureau der Kasse in Empfang genommen werden.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die **Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer**

Preis für Mitglieder 2,30 M. einschließlich Porto  
Preis für Nichtmitglieder 3,30 M. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.

Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Wertes sein, das auch durch sein vornehmes Aussehen jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.

**Ein Heilschlag ersten Ranges**

ist der Ramscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Kurbrunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zusammensetzung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet machen“.

Danke s w o r t e nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt seit drei Jahren an Blutarmit, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Verdauungs- und Magenschwäche, Rückenschmerzen und Sodbrennen; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Ramscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit hergestellt, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich seit dieser Kur erst weiß, wie es einem gesunden Menschen zumute ist. Meine furchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich wagte anfangs gar nicht, dem Wasser diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaubte fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Kränkuren im Hause kaum empfohlen. Keine Verunstaltung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf NW. 123.

**Neubrandenburg i. M.**  
Schöner Laden, 54 Quadratmeter groß, Gas und elektr. Lichtanlage, Zentralheizung, 11. Hinterzimmer u. gr. Keller, 2 schöne Schaufenster und 2 Eingänge, a. Eisenbahnstraße gelegen, passend für besseres Luxuswaren- u. Papiergeschäft, verbunden mit Buchbinderei, für welches Bedürfnis vorhanden ist, Mietpreis 1000 M. inkl. Heizung, ist sofort oder auch später zu vermieten.  
**C. Bändering, Hofonditor.**

**Die Gold- und Silberschmelzerel, Scheide- und Gekräzt-Anstalt**  
**M. Broh**  
Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,  
Fernsprecher: Amt IV, 6958,  
kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmied, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahl-einrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.



**Kostenfreier Arbeitsnachweis**  
für Buchbinder  
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.